

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

insoweit der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning, verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepflow, Verleger in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen für die hiergepaltenen Postzettel oder deren Raum 30 S. Postkatalog Nr. 3264.

Inhalt: Die Schadenersatzpflicht im Unfallversicherungs-gesetz. Aus dem Reichstage. — Mundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Bitterliches. — Briefkasten.

## Die Schadenersatzpflicht im Unfallversicherungs-gesetz.

Die Frage, in welchem Umfange und nach welchen Prinzipien die Haftpflicht für Betriebsunfälle zu gelten hat, ist freilich, seitdem vor dreißig Jahren ihre rechtsgesetzliche Regelung in Angriff genommen wurde. Das Gesetz vom 7. Juni 1871 legte den Unternehmern ihren Arbeitern gegenüber die Pflicht des vollen Schadenersatzes auf für alle diejenigen Betriebsunfälle, die nachweislich durch ihr oder ihrer Bevollmächtigten, Angestellten o. Versicherten herbeigeführt wurden. Es ist daran zu erinnern, daß das Unternehmertum sich damals gegen die Anerkennung dieser Verpflichtung grumbächtig heftig sträubte und daß das Haftpflichtgesetz trotz seines Widerspruches zu Stande kam. Unter diesem Gesetz war die Aufsicht des durch einen Unfall im Betriebe Verletzten und dadurch ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen, bezw. der Hinterbliebenen eines durch Unfall gebliebenen Arbeiters eine Entschädigung zu erlangen, außerordentlich gering. In der „allgemeinen Begründung“ des ersten Entwurfes eines Unfallversicherungs-gesetzes vom 8. Mai 1889 war sodann ausgeführt, daß, „um die Lage der Arbeiter zu sichern“, die auf diesem Gesetz beruhende Haftpflicht der Unternehmer durch eine öffentliche „ergänzte allgemeine Unfallversicherung“ ersetzt werden müsse; es sei nothwendig, den Arbeitern oder ihren Hinterbliebenen, „sichere Unterstützung“ zu Theil werden zu lassen; zu diesem Ende habe die Versicherung alle beim Betriebe vorkommenden Unfälle zu umfassen, „ohne Unterscheid, ob sie in einem Verschulden des Unternehmers oder seiner Beauftragten, oder in dem eigenen Verschulden des Verunglückten, oder in zufälligen, Niemandem zur Last zu legenden Umständen ihren Grund haben“. Nur wenn von diesen Umständen völlig abgesehen werde, könne dem Arbeiter durch die Versicherung „die volle Sicherheit gegeben werden, daß er durch einen Unfall mit seiner Erwerbsfähigkeit nicht auch seinen Unterhalt verliert und daß er bei seinem durch einen Unfall herbeigeführten Tode seine Angehörigen nicht hilflos zurückläßt“.

Neben diesem durchaus richtigen Prinzip aber wurde zugleich noch ein anderes Prinzip angenommen, das die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht fand und niemals finden wird, nämlich: daß der Arbeiter unter keinen Umständen Anspruch auf den vollen Schadenersatz seines im arbeitsfähigen Zustande erworbenen Arbeitsverdienstes haben könne. In dieser Beziehung heißt es in der angeführten „allgemeinen Begründung“ des Gesetzesentwurfes von 1889 weiter:

„Der Anspruch auf volle, durch uneingeschränktes richterliches Urtheil festzustellende Entschädigung, welche die volle Höhe des bisherigen Arbeitsverdienstes des Verunglückten erreichen kann, wird selbst bei den jetzigen Voraussetzungen des Entschädigungsanspruches nicht als der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechend angesehen werden können. Wie es als selbstverständlich gilt, daß den im öffentlichen Dienste stehenden Personen, welche dienstunfähig werden, selbst wenn dies infolge der mit Dienstverrichtungen verbundenen Gefahr geschieht, als Pension nicht das volle bisherige Gehalt, sondern nur ein Theil desselben gewährt wird, so kann es auch nicht als eine Forderung der Gerechtigkeit gelten, daß dem im Privatdienst stehenden Arbeiter, welcher infolge der mit seinem Beruf verbundenen Gefahren die Erwerbsfähigkeit einbüßt, eine, dem vollen bisherigen Verdienst gleichkommende Rente zu Theil werde. Der Willkür und dem Willkür sich viel mehr genügt werden, wenn ihm der ausreichende Unterhalt nach dem Maße seiner bisherigen wirtschaftlichen Lage gesichert wird, wobei namentlich auch zu beachten ist, daß aus dem Arbeitslosteintommen, welches ihm in der Entschädigung zu Theil wird,

diejenigen besonderen Ausgaben, welche er bis dahin zur Erhaltung und Aufbarmachung seiner Arbeitskraft aus seinem Arbeitsverdienste zu bestreiten hatte, als Arbeitskleidung, Arbeitsgeräth und dergleichen nicht mehr zu bestreiten braucht.“

In dem gleichen Zusammenhange sagt Dr. v. Wobstle in seinem bekannten Kommentar zum Unfallversicherungs-gesetz: „Es mag noch darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitsfähigkeit mit zunehmendem Alter von selbst sich mindert, und daß der Verdienst durch Krankheiten, verbienslose Zeiten o. beinträchtigt werden kann. Sollte man trotzdem den vollen gegenwärtigen Verdienst zur Grundlage der Entschädigung des Verletzten machen, so würde man ihn auf Grund seines Unfalles verfolgen, den Jedem drohende Verminderungen seines Einkommens sicher stellen. Es würde also thatsächlich in der Regel eine Verbesserung gegen den Verletzten erfolgen. Eine Fürsorge durch Sicherstellung des vollen gegenwärtigen Arbeitsverdienstes wäre also nicht nur ein voller Schadenersatz, sondern geradezu eine Prämie auf den Unfall.“

Gegenüber diesen in jeder Hinsicht haltlosen Einwendungen hat die Sozialdemokratie von Anfang an und in jedem Stadium der Genußmilderung der Unfallversicherungs-gesetzgebung festgehalten an dem Prinzip des vollen Schadenersatzes. Sie hat dasselbe auch jetzt wieder bei Verahrung der Unfallversicherungs-gesetz-Novelle energig geltend gemacht und die Gegner haben nicht verfehlt, alle die früheren Einwendungen abermals vorzubringen. Auch der Vergleich mit den im öffentlichen Dienste stehenden Personen haben wieder herhalten müssen. Es ist aber ohne Weiteres offensichtlich, daß das Prinzip der Pensionierung solcher Personen sich scharf unterscheidet von dem Prinzip des Schadenersatzes für Betriebsunfälle. Die Pensionierung ist eine Einrichtung, die aus der Organisation des öffentlichen Dienstes sich ergibt. In das Gefüge dieser Organisationen ist die Lohnarbeit im Gewerbe, Landwirtschaft, Handel, Schifffahrt nicht aufgenommen, obwohl sie durchaus den Charakter des Dienstes im öffentlichen, allgemeinen Interesse hat. Das Beamtenutym, die im Reichs-, Staats- oder Gemeinbedienst stehenden Personen, bildet eine Sonderorganisation im öffentlichen Wesen. Die Beamten und die Militärpersonen werden nicht nur dann pensionirt, wenn sie dienstunfähig geworden sind, sondern auch — und das ist die Regel —, wenn sie ihren Dienst noch sehr gut zu thun vermögen, sofern sie eine bestimmte Dienstzeit hinter sich haben und nicht mehr weiter dienen wollen oder sofern die vorgelegte Verdienste sie nicht länger dienen lassen will. Es erwerben sich Anspruch auf Pension nach Maßgabe ihrer Dienstzeit. Viele Tausende noch völlig dienstfähige Beamte quittiren den Dienst, um Pension zu beziehen.

Ganz anders liegt die Sache bei den Lohnarbeitern, die versichert werden gegen Betriebsunfälle, denen sie durch das herrschende kapitalistische System in erheblichem Maße ausgesetzt sind. Sie sind gezwungen, ihre Gesundheit, ihr Leben einzusetzen für mehr oder weniger fremdes Interesse, um den nothdürftigen Lebensunterhalt zu gewinnen. Was der Arbeiter an Lohn erhält, ist fast durchweg unzureichend zur Führung einer menschenwürdigen Existenz. Der Durchschnittslohn der Arbeiter im Deutschen Reich belief sich im Jahre 1898 auf kaum M. 750. Um so unerbittlicher ist es, für die der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter die Genualität der Beeinträchtigung des Verdienstes durch Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Abnahme der Arbeitsfähigkeit o. dergleichen Beweismittel der Unfallentschädigung in Rechnung zu stellen und daraufhin das Prinzip der theilweisen Schadenersatzes zu formuliren. Mit diesem Prinzip wird ausgesprochen, daß das Verharren des Lohnarbeiters auf einer Stufe des proletarischen Elendes ganz „selbstverständlich“ ist und daß für ihn die von Verletzten der bestehenden Wirtschaftsverordnung so oft betonte Mäßigkeit, sich in „eine höhere soziale Stellung hinaufzuarbeiten, nicht in Betracht kommen soll, wo es sich behaupten Feststellung einer

Unfallentschädigung um Abschätzung des Wertes seiner Arbeitskraft handelt.

In nachhalligen, rechtlichen Erwägungen ist dieses Prinzip nicht begründet; es wird mit ihnen lediglich dem Sonderinteresse des Unternehmertums genügt. Als im Jahre 1882 das erste Unfallversicherungs-gesetz geschaffen wurde, erklärten die Unternehmer, daß die — vorher von ihnen auch nicht anerkannte — Haftpflicht „billig auszuhalten“ sei. Später haben sie verlangt, daß die Berufsgenossenschaften entbunden werden von der Verpflichtung, auch für solche Unfälle Entschädigung zu zahlen, die der Arbeiter selbst durch „grobe Fahrlässigkeit“ herbeigeführt. Man weiß, welche großen Mißbrauch die Unternehmer und ihre berufsgenossenschaftlichen Organe mit den Worten „grobe Fahrlässigkeit“ trieben, indem sie, die Wahrheit verhöhnend, den größten Theil aller Unfälle auf solche Fahrlässigkeit zurückführten. Unausgesetzt sind sie im Laufe der Jahre bemüht gewesen, die im Gesetz schon erheblich beschränkte berufsgenossenschaftliche Schadenersatzpflicht noch mehr einzuschränken, wobei die schlimmsten Praktiken, Schikane, Einschüchterung, Ueberhebung usw. zur Geltung gekommen sind. Wenn sich's bagegen um eine Versicherung der Unternehmer handelt, tragen diese Herren kein Bedenken, sich zu dem Prinzip des vollen Schadenersatzes zu bekennen. Nach dem § 20 des jetzt geschaffenen sogenannten „Mantelgesetzes“ sollen die Genossenschaften berechtigt sein, Einrichtungen zu treffen zur Haftpflicht-Versicherung der Betriebsunternehmer, Betriebleiter, Aufseher und Bevollmächtigten. Es sollen nicht mehr als zwei Drittel der Haftpflichtansprüche durch die Versicherung gedeckt werden. Gegen diese Bestimmung hat sich der Zentralverband deutscher Substrateller mit einer Eingabe an den Reichstag gewendet, in welcher verlangt wird, daß die berufsgenossenschaftliche Haftpflichtversicherung ihren Mitgliedern für alle Schadenersatzansprüche, die auf Grund haftrechtlicher Reichs- und Landesgesetzlicher Bestimmungen an sie herantreten können, vollen Ersatz zu leisten hat.

Uebrigens ist zu berücksichtigen, daß bei Verfassung der Unfallversicherungs-gesetz-Novelle im Reichstage von Seiten der Sozialdemokraten scharf herangezogene Thatsache, daß das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch den Verzicht, daß Derjenige, welcher Leben, Gesundheit, Körper, Freiheit oder Eigentum eines Andern absichtlich oder fahrlässig verletzt, zum vollen Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet ist. Bei der Unfallversicherung hingegen soll auch nach dem neuen Gesetz der Betriebsunternehmer nicht zum vollen Schadenersatz herangezogen werden, wenn er den Unfall fahrlässig, sondern nur dann, wenn durch strafgeheuliches Urtheil festgestellt worden ist, daß er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat — eine Straftat, die wohl kaum jemals zur gerichtlichen Aburtheilung gelangen dürfte.

So enthält denn thatsächlich das Unfallversicherungs-gesetz im Punkte der Schadenersatzpflicht ein Unnahmeres gegen das Recht der Arbeiter.

### Aus dem Reichstage.

Die erste Session der zehnten Legislaturperiode des Reichstages ist am 12. d. M. geschlossen worden. Sie ist zunächst durch ihre außerordentlichen Länge bemerkenswerth. Am 6. Dezember 1898 wurde sie eröffnet, am 22. Juni 1899 bis zum 14. November vertagt zu werden und zwar in Rücksicht auf einige unerledigt gebliebene Gesetzentwürfe, darunter das sogenannte Buchaus-gesetz, offiziell als „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ bezeichnet. Derselbe fand im Anfang der zweiten Theile der Session seine Erledigung. Die Regierung erklärt eine Niederlage, die um so schwerer ins Gewicht fiel, als, wie bekannt, der Gesetzentwurf einer persönlichen Initiative des Kaisers entsprungen und nur nach Ueberwindung scharfer Meinungsverschiedenheiten im Schooße



der verbündeten Regierungen zu Stande gebracht worden war. Den scheinbaren Umtrieben der Schamfächer zum Trotz wurde der Entwurf, ohne einer kommissarischen Beratung gewürdigt worden zu sein, im Plenum kurzer Hand mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, nachdem die „Begründungen“ der Regierung, besonders die famose „Denkschrift“ des Grafen Pjostobowshy eine wahrhaft vernichtende Kritik selbst von Seiten der Wortführer des Zentrums und der Nationalliberalen erfahren hatten. In diesem Falle trug ausnahmsweise einmal die sonst mehr oder weniger reaktionäre Mehrheit des Parlaments im Grunde mit der Sozialdemokratie dem Reichsbewußtsein des Volkes ohne Rücksicht auf die Regierung Rechnung.

Die Ablehnung der Zuchthausvorlage und der Erfolg der sozialdemokratisch-freisinnigen Opposition gegenüber der lex Heinze sind zwei höchst interessante Ereignisse im Verlaufe des zweiten Sessionsabschnittes. In beiden Fällen hat die Stimme der öffentlichen Meinung ihren Einfluß im Interesse der Gerechtigkeit und der Freiheit auf die Gesetzgebung nicht verfehlt. Daß dabei die Sozialdemokratie sich das Hauptverdienst erworben hat, ist von christlichen Gegnern derselben unumwunden zugegeben worden.

Was die Zuchthausvorlage speziell anbetrifft, so hat deren Ablehnung mehr eine allgemeine politische Bedeutung, als eine praktische. Denn wie schon vor ihrer Einbringung die Organe der Polizei und Justiz fast überall im Deutschen Reich ganz und gar in ihrem Geiste gegenüber der Arbeiterorganisation wirkten, so hat sich auch nach ihrer parlamentarischen Aburteilung dieser Geist in den maßgebenden Kreisen geltend gemacht und zwar immer schärfer und rücksichtsloser. Die sozialdemokratische Fraktion war in der Lage, diese Thatsache kurz vor Schluß der Session noch einmal im Reichstage einer gründlichen Besprechung zu unterwerfen. Ihre diesbezügliche Interpellation haben wir in Nr. 22 unseres Blattes mitgeteilt und kritisch beleuchtet. Dieselbe gelangte in der Sitzung vom 11. Juni zur Verhandlung. Begründet wurde sie vom Abgeordneten Stabligan in zweiwöchiger Rede, deren hauptsächlichster Inhalt wir in Folgendem zusammenfassen:

Sowohl die in Anhalt und Meuß privilegierten Gesehe, betreffend den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter wie das in Süddeutschland erlassene Verbot des Streikpostens, widersprechen dem Reichsgesetz und stellen einen Eingriff in die Kompetenz der Reichsgesetzgebung dar, der entschieden zurückzuweisen ist. Es handelt sich hier um völlig willkürliche und durchaus rechtlich unzulässige Ausnahmestimmungen gegen die Arbeiter. Auf dem Umwege der Landesgesetzlichen und landespolizeilichen Praxis ist man bemüht, die Tendenz, ja selbst einen großen Teil des wörtlichen Inhalts der vom Reichstage als eine schwere Verletzung des Rechts und der Gerechtigkeit gekennzeichneten und abgelehnten Zuchthausgesetzvorlage zur Geltung zu bringen. Nach Maßgabe der Reichsverfassung habe die Reichsregierung die Pflicht, gegen dieses verfassungswidrige Verfahren energisch einzuschreiten.

Dem Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, war die unabweisbare Aufgabe zu Teil geworden, die Interpellation und deren durchschlagende Begründung zu beantworten. Wie sehr er sich auch bemühte, unter Aufwand aller juristischen Schamfächer die betreffenden Landesgesetze zu „rechtfertigen“, er erzielte damit nicht den gewünschten Eindruck auf die Mehrheit des Reichstages. Uebereinstimmend mit dem sozialdemokratischen Redner erklärten der nationalliberale Abgeordnete Wasser mann, der Zentrumsman Spahn, der Freisinnige Dr. Müller-Meinungen, sowie der wilhelmsliberale Abgeordnete Rißjckede-Dessau sowohl die Kontraktbruchgesetze der Bundesstaaten Anhalt und Meuß, als auch die Süddeutsche Polizeiverordnung für eine eklatante Verletzung des Reichsrechts, für geradezu verfassungswidrig, für einen Einbruch in das Gebiet der Reichsgesetzgebung.

Der sozialdemokratische Abgeordnete S eine machte dazu noch weitere treffende juristische Ausführungen. Er sagte u. a.:

„Die ganze Sache beweist die Mißere, in der sich die Reichsgesetzgebung, besonders der Reichstag den Einzelstaaten gegenüber befindet. Der Reichstag hat bei dem Zuchthausgesetz bewußt zu erkennen gegeben, was er nicht will, und doch suchen gerade das die Einzelstaaten auf Umwegen zu erreichen. Das ist im höchsten Maße lässlich. Die lässlichen Juristen scheinen mir ein Opfer der Denkschrift zu dem Zuchthausgesetz geworden zu sein. Es steht zu viel Geist vom Geiste dieser Denkschrift darin. Aber nicht nur in Meuß und Anhalt, auch in anderen Einzelstaaten will man jetzt Ausnahmestimmungen hinter Herum in die Gesetzgebung schmuggeln. Es handelt sich hier um ein förmliches Komplott gegen den Reichstag, der alle die Dinge abgelehnt hat. Das ist aber nicht nur eine rechtsrechtliche Angelegenheit, sondern auch eine große Kränkung und Verleumdung des Reichstages.“

Aus der Mitte des Saales kam nur ein Mann, der Wähler Rißjckede-Raiserslautern, den angegriffenen Regierungen zu Hilfe, indem er unter dem Gesichtspunkte der agrarischen

Interessen zu beweisen versuchte, daß es unter keinen Umständen den Landarbeitern gestattet sein dürfe, zur Zeit der Ernte zu streiken!

Beschlüsse in der Frage des Koalitionsrechts konnte der Reichstag bei dieser Gelegenheit nicht fassen. Aber einen nicht zu unterschätzenden praktischen Wert hat die Debatte doch: sie wird das öffentliche Rechtsbewußtsein stärken zum Kampfe für das volle uneingeschränkte Koalitionsrecht der Arbeiterklasse. Dieselbe Mehrheit des Reichstages, welche das Zuchthausgesetz verhin derte, hat auch jetzt wieder in unabweisbarer Weise gegen Geist und Tendenz derselben protestiert.

Auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung hat im Verlaufe der verfloffenen Reichstagsession einige praktisch bedeutsame Ergebnisse gehabt. Es kommen in Betracht: das neue Invalidenversicherungsgesetz; die neuen Unfallversicherungsgesetze und die Gewerbeordnungsnovelle. Der Gesetzentwurf, betreffend obligatorische Einführung der Gewerbe gerichte und die Seemannsordnung, sind leider nicht erledigt worden.

Als sozialpolitisches Gesetz ist auch die lex Heinze anzusehen, deren gegen die Freiheit der Kunst und Wissenschaft gerichteten Bestimmungen durch die sozialdemokratisch-freisinnige Opposition glücklicherweise zu Fall gebracht wurden.

Auch das in den letzten Sitzungen erledigte Gesetz zur Bekämpfung von Seuchen hat neben seinem hygienischen einen sozialpolitischen Charakter. Es entspricht, wie wir vor einiger Zeit schon ausgeführt haben, allerdings bei Weitem nicht allen die öffentliche Gesundheitspflege betreffenden Anforderungen. Aber es macht wenigstens eine einheitliche Bekämpfung der schlimmsten ansteckenden Krankheiten, Pest, Cholera, Malaria etc., möglich. Und das ist gegenüber dem jetzigen Zustande ein Vorzug, den auch derjenige anerkennen muß, der auf gewisse Vorbehalte (Abspernung, Absonderung etc.) kein Gewicht legt, aber gar sie für bedenklich hält.

Gewiss ist, daß es nicht möglich ist, mit diesem Gesetz eine oberschwere Probe zu bestehen!

Auf dem Gebiete des Verkehrsrechts kommt die Reform der postalischen Tarife und die Aufhebung der Privatposten in Betracht.

Die reaktionäre Wirtschaftspolitik hat das Fleischbeschaugesetz leider so gestaltet, daß sich daraus unzweifelhaft eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft ergeben wird.

Dazu kommt das Flottengesetz als Ergebnis der „Weltmacht politik“, welche „maßgebende“ Elemente in Szene gesetzt haben, und hinter der Sonderinteressenpolitik gewisser kapitalistischer Kreise sich verbirgt. Bis zum Jahre 1917 soll nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die deutsche Nation etwa fünf Milliarden Mark für die Flottenvermehrung aufbringen. Neue Stempelsteuern und erhöhte Zölle auf Bier und Spirituosen sollen mit zur Deckung dienen. Daß man alsbald auch an die Erhöhung der Getreide- und Viehzölle, des Zolles und der Steuer auf Tabak etc. gehen wird, unterliegt keinem Zweifel, zumal die Regierung bei Verabschiedung der Flottenvorlage diesen „Interessenausgleich“ ausdrücklich zugestanden hat.

In dieser, wie in allen anderen Fragen ist die sozialdemokratische Fraktion bemüht gewesen, nach Kräften den Interessen des Volkes gerecht zu werden. Sie hat auch in der verfloffenen Session wieder Alles in Allem sich als die berufenste und energischste Vertreterin dieser Interessen bewährt und nicht ohne Erfolg. Die Ueberwindung der Zuchthausgesetzvorlage der Sieg über den reaktionären Charakter der lex Heinze, die Verbesserung der Arbeiterberufserziehungsgesetze und der Gewerbeordnungsnovelle etc. sind hauptsächlich ihr Verdienst.

Der Reichs-Parlamentarismus ist nun bis zum Herbst zur Ruhe gekommen, aber der Interessenkampf der Klassen, Stände, Gruppen und Egoisten dauert fort, sich mehr und mehr verschärfend; so besonders in Rücksicht auf die Handelsvertragspolitik, zu welcher der Reichstag in seiner nächsten Session wird Stellung nehmen müssen. Es verläuft in parlamentarischen Streifen auch bereits, daß ihm eine neue Vorlage zur „Bekämpfung des Streikterrorismus“ gemacht werden soll. Wir sind fest überzeugt, daß das geschehen wird. Die Regierung möchte ihre beim Zuchthausgesetz erlittene Niederlage weit machen. Möge der neue Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter die Arbeiterorganisation in ächtiger Exaktheit finden!

**Grundriss.**

\* **Nochmals die „christlichen“ Maurer in Fulda.** Unsere letzte Notiz ist durch das Abhandenkommen einer Zeile sinnentstellend geworden. Im letzten Absatz, dritte Zeile von oben, sollte es heißen: „Wenn übrigens speziell im Falle des Fuldaer Maurerstreiks die Geistlichen auf Seite der Arbeiter gestanden haben, so thut dies usw.“

\* **Schimpfende „Diener Gottes“.** Aus Ggelsbach berichtet die „Frei. Volksstimme“: Trotz aller Äußerungen, die die Herren Pfarrer schon damit gemacht haben, daß sie die Kangel zum Zimmelpfad politischer Agitation benutzen, verläßt immer wieder der eine oder andere Pfarrer in diese Unflut. So benutzte der Pfarrer von Ggelsbach die sonntägliche Kommunion, die besonders viele Männer in die Kirche geführt hatte, zu einigen recht ungebührlichen Ausfällen auf die Arbeiter. In seiner Predigt meinte er vorwortsvoll, die Arbeiter, die jetzt so hohe Löhne bezögen, sollten sich bei denen bedanken, die sie ihnen verschafft hätten. Wer das ist, sagte der Pfarrer nicht. Wenn die Arbeiter bei ihren Kämpfen um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auf die pfarrherrliche Hilfe hätten warten sollen, dann wären sie heute noch auf dem alten Platze. Denn die Herren Pfarrer kennen in derartigen Dingen nur ihre Interessen, während sie den Arbeitern Entbehrung predigen und sie auf das Himmelreich verweisen. Auch die christlichen Arbeiter hätten heute noch Vieles zur Verbesserung der Verhältnisse im Bauergewerbe zu thun. Wenn also die Arbeiter heute unter günstigeren Verhältnissen arbeiten, so haben sie das einzig und allein der Energie des Zentralverbandes der deutschen Arbeiter zu verdanken und der verlangt keinen Dank. Noch ungebührlicher aber war ein Ausfall, den sich der Herr Pfarrer in der Gamination der Kommunionen erlaubte. Er fragte einen Jungen nach dem siebenten Gebot und als dieser es nicht gleich wußte, suchte er ihm dasselbe durch ein Gleichniß in's Gedächtnis zu rufen. Er meinte, ein Arbeiter bekommt jetzt 48 1/2 pro Stunde, aber viele (darin hat der Pfarrer sich hoffentlich selbst einbezogen, Red. d. „Grundst.“) verdienen eigentlich keinen Pfennig. Was sind diese 48 1/2 Pfennig antwortete der Junge: Füllengel! Der Pfarrer (sich corrigierend): Nein, Diebe, denn sie heißen anderen Leuten das Geld. Wie heißt also das siebente Gebot? Junge: Du sollst nicht stehlen. In der Kirche soll sich bei dieser eigentümlichen Gamination ein lautes Gemurmel des Unwillens bemerkbar gemacht haben. Ein anderer „Diener Gottes“, der Bischof von Trier, Dr. G. G. G., hat sich gelegentlich der Einweihung eines katholischen Vereinshauses in Trier eine Schimpfepistel gegen die Sozialdemokratie — zum Jammer — vermerkt. Er sagte nach dem Bericht der Trierischen Landeszeitung: „Wenn ich das Wort der edlen Männer, die sich Eurer Weisung widmen, hört, dann vibrieren die Seiten, dann ist echte Gleichheit und Brüderlichkeit da.“ (Er, d. Bruder Bischof!) Wenn ich davon höre, muß ich an die größten Sünden, die sich jetzt vor mehr als hundert Jahren in Paris ereigneten, denken. Das sei besonders den Arbeitern gesagt, damit sie sich nicht betrogen lassen durch gewisse Volksaufwiegler, die ein neues Reich schaffen wollen. Gerade so haben sie es im Jahre 1791 in Paris gemacht. ... Als die Sandväter sahen, daß die Revolution ihnen nur Mühen brachte, wurden 24 von ihnen beim Konvent vorstellig, die Stellvertreter der Junker, und verlangten die Freiheit, mit der man sie vertriebe. ... Man hörte sie an, übermittelte sie, und am nächsten Tage fielen die 24 Köpfe der Justizmiller; die soziale Frage war gelöst — so löst sie die Revolution! So sollen auch heute die Arbeiter den Sturm böse machen, um niederzuwerfen, was den Sozialdemokraten gefällt; Anderen zu dienen, dazu sind sie gut genug. Die blutige Arbeit können sie machen. Wenn aber der Kampf darüber, wenn die Arbeit gelohnt ist, dann können sie nur hoffen auf Hunger und Blut; das allein führt ihnen die Revolution. Diese Gedanken muß man den Arbeitern näher bringen, denn der Arbeiter ist meistens ein Heldkämpfer.“ — Wir kennen ein anderes Bild, Herr Bischof! Wir sehen im Geiste die Genossen, die fanatische katholische Priester vollführt haben; wir kennen die Geschichte Sünderer oder Männer und Frauen, die auf den Scheiterhaufen, zusammengetragen und entzündet von „Dienern Gottes“, ihr Leben ausschauten. Wir kennen auch die Geschichte der „heiligen“ Inquisition im „heiligen römischen“ Reich, und wir kennen auch viele Schandthaten zeitgenössischer katholischer Priester, Schandthaten, die wir dem Worte gleich achten. „Wirrer da nicht auch die Seiten“, wenn man daran denkt, Herr Bischof! Ueberdies wollen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht gerade von Mäßigkeit zeugt, wenn man von den Muthatzen der französischen Revolution und im Zusammenhang damit von der Verbreitung der Sozialdemokratie spricht. Wir sind überzeugt, der Bischof von Trier weiß es, daß die Sozialdemokratie mit den Muthatzen bei der großen französischen Revolution nichts gemein hat. Der Bischof von Trier könnte aber auch wissen, daß es keine sozialdemokratischen Arbeiter und dann noch besondere Sozialdemokraten gibt, darum können auch die Arbeiter keine „Weldörten“ sein. Die Arbeiterschaft ist die Sozialdemokratie selbst, und die Hunderttausende, heute noch den Pfaffen noch Weidörtern, holt sich die Sozialdemokratie trotz alledem.

\* **Was bietet die Kirche den Arbeitern?** Diese Frage ist kürzlich recht zutreffend in einem gut katholischen Blatte, dem „Süddeutschen Vaterland“, wie folgt beantwortet worden: „Der berühmte Sozialist Marx hat die Reformation als die Wobpflanzung des Christenthums für die Bourgeoisie bezeichnet. Der Ausbruch hat viel Wahres an sich. Dennoch ist es nicht minder gewiß, daß auch das katholische Christenthum sich in den Dienst der Bourgeoisie hat stellen lassen und seine Aufgabe darin gesucht hat, für die Reichthümer einzutreten. Hier dieser: Heiligkeit und Unantastbarkeit des Geldes; für die Arbeiter: Elend und Unwissenheit mit der Unweisung auf das Himmelreich. Die Abneigung der Sozialdemokratie gegen die bestehenden Kirchen ist also nicht zufällig, sondern mit einer Art Nothwendigkeit gekommen, weil die Diener der Kirchen es in der letzten Zeit nicht verstanden, ihr Evangelium in den Dienst der Armen und Kleinen zu stellen.“

Die katholischen und protestantischen Geistlichen stellen es mit den Reichthümern mit ihnen verkehrten sie, bei ihnen machen sie Besuche. Kommen sie je einmal in die Hütten der Armut, so war es, wenn so ein armer Proletarier in der letzten Tag. Dieser Thatsache kann nicht widersprochen werden.“

\* **Eine weit-verbreitete Unflut des Unternehmertums.** In Wülhausen i. E. haben die sozialdemokratischen Gemeinberathenmitglieder folgenden Antrag eingebracht: „Der Gemeinberath wolle beschließen: Es ist in den Pastenbesten über die Ausübung ländlicher Arbeiten eine Klausel aufzunehmen, wonach die Unternehmer verpflichtet sind den Lohn ihrer Arbeiter in derjenigen Höhe zu zahlen, die sie in ihren eingereichten Offerten selber angegeben haben.“



Genosse Buch führte bei Begründung des Antrages aus, es habe sich kürzlich gelegentlich der Vergebung der Arbeiten für die städtische Kanalisation herausgestellt, daß die Unternehmer in ihren Offerten bedeutend höhere Böhne für ihre Arbeiter angegeben, als diese in Wirklichkeit erhalten, und daß in den Kostenüberschlägen unter den aufgeführten Arbeitslöhnen auch die geringen Summen inbegriffen lagen, welche die Unternehmer, sei es als Gemeinnützer, sei es als Geschäftsauslagen und dergleichen, für sich beanspruchten. Der Antrag und seine Begründung durch Buch riefen eine äußerst rege Diskussion hervor, in deren Verlauf Buch namentlich dem größten Bauunternehmer Mühlhauens, dem Klerikalen Stadtratsherrn Böhm, durch Aufhebung seiner diesbezüglichen unlauteren Praktiken schwer auflegte. Der also Angegriffene suchte sich mit dem Hinweis darauf zu verteidigen, daß es bei den Unternehmern von jeher Usus gewesen sei, den eigenen Verdienst, die Geschäftsauslagen, die Gebühren für die verschiedenen Versicherungen, die Kosten der Abnutzung beim Erneuerung des Werkzeuges u. dgl. bei den Berechnungen der Submissionsofferten auf die Arbeitslöhne zu schlagen, und daß den Arbeitern die in solcher Weise berechneten Löhne niemals voll ausbezahlt worden seien. Buch bezeichnete eine derartige Sanktionsweise als durchaus unethisch und unehrlich und setzte es auch durch, daß der Gemeinderat beschloß, an das Bürgermeisteramt das Ersuchen zu richten, es möge feststellen, in welchem Verhältnis das außerkontraaktliche Verhalten, die bezahlten Böhne zu den eingetragenen Offerten ständen.

Das Streitkostenessen wird jetzt in Halle nach der neueren Entscheidung des Kammergerichts nicht mehr auf Grund des Unjugparagrafen, sondern nach der Straßenvolizeiordnung verfolgt. Mehrere Richter sind schon nach dieser neuen Methode verurteilt.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigte im Mai noch immer das unüberändert günstige Gepräge der letzten Zeit. An den öffentlichen Arbeitsnachweiser kamen auf 100 offene Stellen 101,2 Arbeitsuchende (wie 101,8 in dem entsprechenden Monat des Vorjahres). Nach den Ziffern der Frankfurter Statistik hat die Industrie im Laufe des Mai mehr neue Arbeiter eingestellt (2,1 pSt. gegen 0,6). Allein trotzdem macht der „Arbeitsmarkt“, der diese Ziffern zusammenstellt, auf eine Reihe von Erscheinungen aufmerksam, als die Vorboten des Umchwüchens anzusehen sind: die Betriebsbeschränkungen und die stellenweise Überfüllung des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie und namentlich im Baugewerbe, wo dem bereits eine nachteilige Wirkung auf den Arbeitsmarkt in der Holzindustrie zu bemerken ist. Derartige Beobachtungen in einzelnen Gewerben seien jetzt nur noch als Symptome der wirtschaftlichen Gesamtlage zu fassen. Die Umkehr an der Wende in den ersten Tagen des Juni bezeugte den Markt, an dem von der Aufschwüchensperiode sich die Stellen eines beginnenden wirtschaftlichen Niederganges trennen, der, sei es schneller, sei es langsamer, auch dem Arbeitsmarkt sein Gepräge gebe.

Magd Calmer sagt in seiner „Wirtschaftlichen Rundschau“ in der „Reiziger Volksztg.“: „Das die wirtschaftliche Gesamtsituation für den Arbeiter begünstigt ist, das geht nicht etwa nur aus der Erschütterung des Eisenmarktes, sondern auch deutlich aus einer Reihe von Erscheinungen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes hervor.“ „Wesentlich in's Gewicht fällt der Rückgang im Baugewerbe, wo ein starkes Nachlassen der Tätigkeit festzustellen ist. Und gerade die Erschütterung in diesem Gewerbe muß am nachteiligsten auf die Gesamtsituation wirken.“ „Es ist bezeichnend, daß schon jetzt in verschiedenen Großstädten die Arbeitslosigkeit im Maschinenbau begriffen ist.“ „Wenn die Berliner Zeitung, „Der Arbeitsmarkt“, den Kursrückgang an der Berliner Börse in der vorigen Woche als den Marktbericht bezeichnet, an dem sich die Periode des Niederganges von der Periode des wirtschaftlichen Aufschwüchens trennt, so möchte man hier dieser Grenzbestimmung beistimmen. Die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwüchens ist vorüber, nicht weil an den deutschen Börsen die Kapitalverhältnisse ein günstiges Gepräge erhalten hat, sondern weil infolge des Nachlassens der industriellen Tätigkeit die kolossalen Wertsteigerungen an der Börse nunmehr erkannt werden. Mit Rücksicht auf die fernere Entwicklung des Arbeitsmarktes muß diese Genese des Umchwüchens klar gestellt werden, denn man kommt zu ganz anderen Konsequenzen für die gewerkschaftliche Praxis, wenn man annimmt, daß die wirtschaftliche Lage noch gesund und nur die Geldmärkte erschüttert sind, oder wenn man umgekehrt annimmt, die wirtschaftliche Lage befindet sich im Anfang des Niederganges, und der Kursrückgang an der Börse nur das erste weithin sichtbare Alarmzeichen der heranabenden kritischen Periode ist. Unter Beachtung aller in Frage kommenden Tatsachen und Erscheinungen stellen wir uns mit gutem Bedacht auf den Boden der letzteren Annahme.

Eine andere Auffassung von der demnächstigen Entwicklung des Weltmarktes haben die Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie. In ihrem Organ, „Die Industrie“, wird geschrieben: „Ueber die bewegenden Ursachen des Kursrückganges an dem Markt für Montanerzeugnisse geben die Vordringsblätter allerlei Erklärungen; bei deren Durchsicht man allerdings zu dem Glauben verleitet wird, es sei beabsichtigt, die wahren Ursachen zu verschleiern.“ „Die eigentliche Ursache dürfte vielmehr in der Defizitlage liegen, daß der Herbsttermin Anforderungen an den Geldmarkt in bisher nicht gekannter Höhe und damit eine Diskontierung bringen wird, die sich mindestens der ganz ungewöhnlichen von 7 pSt. gleichstellen wird, welche wir beim letzten Jahreswechsel erleben.“ „Diese Sorge beunruhigt naturgemäß die Banken im Verhältnis zu ihrer Privatbankhaft und indirekt die Börse, wo eben aus diesem Grunde die Interventionskäufer fehlen.“ „Deshalb ist die wirtschaftliche Lage an sich nicht verändert und kein Grund, den inneren Wert der Montanerzeugnisse anders als bisher zu beurteilen.“

Wie sehr die Preise der notwendigsten Lebensmittel in den letzten Jahren gestiegen sind, das hat die weniger bemittelte Bevölkerung bitter genug an eigenen Leiden erfahren. Einen lehrreichen Beitrag zur Beleuchtung dieser Preissteigerung liefern unter Anderem die Kassensatzblätter solcher öffentlichen Anstalten, in denen eine große Anzahl von Personen verpflegt und beschäftigt werden. Lebensmittel-Berechnungen müssen sich in diesen Anstalten, da hier die zu verbrauchende Menge Nahrungsmittel genau vorgezeichnet ist und auch in Zehnerungszeiten nicht verringert zu werden pflegt, sehr bald in einer Steigerung der Ausgaben für die

Wirtschaft der Fall. Nach dem „Vorwärts“ sind im Berliner städtischen Waisendepot z. B. die Ausgaben für die Beförderung der Kinder und der Angestellten im letzten Verwaltungsjahre wieder um ein Bedeutendes gestiegen. Von 1894/95, wo die neuerliche Steigerung begann, bis zum Jahre 1899/00 erhöhten sich die jährlichen Beförderungskosten für ein Kind von M. 106,45 auf M. 116,27, für einen Diensthöten von M. 292,72 auf M. 319,74, für einen Beamten von M. 425,80 auf M. 465,08. Hauptsächlich stiegen in demselben Zeitraum in dem städtischen Waisenhaus die Aufwendungen für die Beförderung für ein gesundes Kind von M. 107,68 auf M. 122,07, für ein Lazarethkind von M. 179,88 auf M. 203,45, für einen Diensthöten von M. 295,98 auf M. 325,69; für einen Beamten von M. 430,52 auf M. 488,28. Die Beförderungsvorschriften sind in beiden Anstalten seit vielen Jahren nicht geändert worden. Die Erhöhung der Ausgaben ist also ausschließlich auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Nach den angeführten Zahlen läßt sich beurteilen, wie schwer sich die Lebensmittelpreiserhöhung der letzten Jahre in den kinderreichen Familien der weniger bemittelten Bevölkerung fühlbar gemacht hat, wie sehr dadurch die Ausgaben für die Ernährung gestiegen oder — wo eine Erhöhung der Ausgaben wegen der Dürftigkeit des Einkommens nicht möglich war — die ohnehin mangelhafte Ernährung weise noch mehr verschlechtert worden ist. Uebrigens drängt sich einem hierbei die Frage auf, welche Wirkungen sich für die in Kostpflege untergebrachten Waisenkinder aus Steigerungen der Lebensmittelpreise ergeben. Das Kostgeld für diese Kinder wird auch in Zehnerungszeiten nicht erhöht. Da aber die Familien, welche Waisenkinder in Kostpflege nehmen, meist selber in dergleichen Verhältnissen leben, so bleibt ihnen in solchen Zeiten nichts Anderes übrig, als ihren Pflichten ebenfalls den Vortritt höher zu hängen.

Proletariatsleben. Die Zahl der nächst obdachlosen Proletarier, welche im „wunderbaren Monat Mai“ dieses Jahres im städtischen Obdach für Berlin in den Zuständen lagten und fanden, betrug 14 228. Darunter befanden sich 17 447 Männer und 981 Frauen. Von diesen Personen wurden 16 dem Krankenhaus in Friedrichshagen, 81 dem Krankenhaus Moabit, 18 der Charité, 4 der Anstalt für Epileptische „Mühlgarten“, 23 der Gesellschaftskrankenkasse und 288 der Polizei überwiesen. — Gebaut haben im städtischen Obdach 9724 Personen.

Am 1. Juni d. J. befanden sich in der Anstalt ferner 96 obdachlose Familien mit 818 Personen und 77 Einzelpersonen — gegen 98 Familien mit 859 Personen und 81 Einzelpersonen am 1. Mai 1900. Wie herlich ist doch unsere heutige Gesellschaftsordnung, die solche Zustände zeitigt!

Der neunte Verbandstag der Glaser und verwandter Berufsgeosien wurde an den Pfingsttagen im Gewerkschaftshaus zu Suhlitz abgehalten. Anwesend waren 25 Delegierte. Dem Geschäftsberichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die beiden letzten Jahre der Entwicklung der Organisation sehr günstig waren. Es wurden 16 neue Zahlstellen errichtet, außerdem wurden in den Städten Göttingen, Auerbach und Weerane das Vertrauensmännerthum eingeführt. Der Verband zählt gegenwärtig 72 Zahlstellen mit nahezu 2900 Mitgliedern. Eingegangen sind 4 Zahlstellen, und zwar Frankfurt a. M., Kaiserslautern, Hofstadt und Magdeburg. In den letzten beiden Geschäftsjahren sind über 2500 Mitglieder eingetreten, so daß nach Abzug der wieder Ausgetretenen der Verband um 45 pSt. Mitglieder zugenommen hat. Ausgetreten sind aber ausgeschieden wurden insgesamt 895 Mitglieder. In den Jahren 1898/99 wurden in 84 Zahlstellen Lohnbewegungen eingeleitet, und kam es in 14 Zahlstellen zur Arbeitsniederlegung. Außerdem fanden in 6 Zahlstellen Werkstattstreiks statt. In 20 Zahlstellen waren die Lohnbewegungen erfolgreich, ohne daß es nötig war, in den Streik einzutreten. Mit Ausnahme einiger kleiner Zahlstellen wurden bei den übrigen theilweise Erfolge erzielt. Der Jahresbericht weist eine Einnahme von M. 82 037,85 und eine Ausgabe von M. 66 184,40 auf, so daß ein Kassensaldo von M. 15 853,45 verbleibt. Im Reinstatement wurden gezahlt M. 3262,27, Arbeitslohnunterstützung M. 2226, Zuschuß für Agitation an die Zahlstellen M. 234,84, für Reichstags M. 142,55, Umzugskosten M. 108, für Streiks M. 6929,16, Verbandsorgan M. 8120,68. Der Antrag auf Leberkritik zum Holzarbeiterverband wurde mit 22 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag zur Ausarbeitung eines Streikreglements wurde dem Verbandsvorstand übertragen, sowie ein Antrag, Statistik betreffend, angenommen. Der Vortrag wurde auf 25 A erhört. Der Antrag, die Posten des Verbandsvorsitzenden und Bekleidungs des Fachblattes zusammenzulegen und dafür ein Jahresgehalt von M. 1600 zu gewähren, wurde angenommen. Der Sitz kommt nach Karlsruhe und wurde Eichen, nachdem der bisherige Vorsitzende Uhl ablehnte, in zweiten Wahlgange mit 20 Stimmen zum Vorhinein gewählt. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Leipzig, ebenso als Ort des Ausschusses Leipzig gewählt. Nachdem der Vertreter der Generalkommission, Genosse Sabath, den Wunsch ausgesprochen, auf dem nächsten Verbandstage mehr sozialpolitische Fragen, wie Bauarbeiterlohn usw., zu erörtern, und der Vorsitzende Groll noch einen kurzen Heberblick über den Verlauf der Verhandlungen gab, wurde die Generalversammlung am zweiten Feiertage, Abends 8 Uhr, geschlossen.

Der zehnte Kongress der Steinarbeiter Deutschlands fand in der Pfingstwoche in Göttingen statt. Vertreten waren 95 Orte mit 817 Organisten und 12 033 unorganisierten Steinarbeitern durch 65 Delegierte. Der Geschäftsleiter Müllersche verwies, um die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, auf die gedruckten Berichte von 1898 und 1899 und legte dann die Gründe dar, welche die Zentralleitung im Frühjahr veranlaßten, die Extrapläne auszuschließen. Nach dem Geschäftsbericht sind die Zahlstellen von 184 im Jahre 1898 auf 228 in 1899 gestiegen. Die Zahl der Organisten betrug am 16. Juli 1899 10 400 Mann, eine Steigerung gegen das Vorjahr von 600. Die meisten Organisten stehen nach einer Zählung im Jahre 1899 an den heiligtischen Orten selbst noch 16 341 Nichtorganisierten gegenüber. Im Ganzen gibt es aber 136 000 Stein- und Hilfsarbeiter in Deutschland. „Weld“ ein riesiges Feld harri da noch der Ackerung! Die Beiträge beliefen sich 1899 auf M. 70 587,43, eine Steigerung von M. 26 107 gegen das Vorjahr 1898. Für die Agitation wurden M. 6700 verausgabt, wozu noch das zur Agitation herausgegebene Organ, der „Steinarbeiter“, und Flugblätter hinzukommen. Nicht gerechnet sind die Agitationskosten, welche von den einzelnen Orten selbst bezuhten werden. Die Ausstände vom Jahre 1899 umfassen

89 Orte, wovon die meisten erfolgreich waren. Internationale Beziehungen wurden mit der Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Schweden, Dänemark und Belgien gepflegt. Die Gesamtrechnung der Geschäftsleitung pro 1899 beläuft sich auf M. 188 884,16 Einnahme und M. 176 822,90 Ausgabe, so daß ein Kassensaldo von M. 10 061,26 verbleibt. Nach dem persönlichen Bericht des Geschäftsleiters belief sich die Einnahme vom Januar 1900 bis 25. Mai auf M. 51 875,85, die Ausgabe auf M. 35 017,14, so daß ein Rest von M. 16 858,71 verbleibt.

Ueber die Organisationsform entwickelte sich eine lange Debatte. Von Hamburg und Wina war beantragt worden, die Organisation nach dem Vertrauensmännerthum aufzubauen und dafür die festere und strengere Verbandsorganisation einzuführen. Der Antrag wurde jedoch mit 40 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen eine Reihe von Beschlüssen, die die Rechte und Pflichten der Mitglieder genau präzisieren und sich in nichts durch die diesbezüglichen Bestimmungen eines Verbandsstatuts unterscheiden. Die Organisation der Steinarbeiter untergeordnet sich von den Verbandsorganisationen nur noch durch den Namen.

Hierauf kam eine Resolution zur Verhandlung, in welcher der Kongress erklärt, daß tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen zur Regelung und Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf bestimmte Dauer und für den Wirkungsbereich der beiderseitigen Organisationen zu beschließen seien. Durch solche Beschlüsse würde die Organisation als die rechtliche Vertretung des Arbeiters anerkannt und der korporative Arbeitsvertrag an die Stelle des individuellen Vertrags gesetzt. Der Kongress beauftragt deshalb den Zentralausschuß, mit der in Köln a. Rh. (am 14. Juni) zusammentretenden Generalversammlung der Arbeiter des Steinarbeitergewerbes in Verbindung zu treten und ihr diesbezügliche Anträge auf folgender Grundlage zu unterbreiten: a) Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, b) Einführung (soweit möglich) der Lohnarbeit, c) Einführung einer einheitlich über ganz Deutschland verbreiteten Gliederbestimmung, und d) Durchführung aller in hygienischer Hinsicht bereits durch Gesetz erlassenen Arbeitergeschützbestimmungen.

Die Resolution wurde nach kurzer Debatte, in welcher empfohlen wurde, die Dauer der Vereinbarung stets nur auf kurze Zeit festzusetzen, damit sie rechtzeitig revidiert werden könne, einstimmig angenommen.

Die Anstellung eines Kassiers wurde mit 41 gegen 11 Stimmen angenommen.

Am Punkt Streiks wurden folgende Grundätze aufgestellt: Als Streikunterstützung ist zu gewähren: für Verheiratete M. 12, für ledige M. 10 und für jedes Kind M. 1 pro Woche. Streiks und Ausperrungen sind von der Geschäftsleitung gleich zu behandeln. Bei Unterhandlungen muß ein Kollege zugezogen werden, der mit den brüderlichen Verhältnissen vertraut ist. Bei größeren Streiks ist die Geschäftsleitung beauftragt, eine Extrapläne zu erlassen und sind hierzu Märkte à 50 A auszugeben.

Zu Punkt Agitation wird beschlossen, daß möglichst einige größere Agitationsloren unternommen werden sollen. Zu dem Punkt „Fachpresse“ wird berichtet, daß die Einnahme für das Fachblatt M. 18 823, die Ausgabe M. 10 508 betragen habe. Das Interesse am Fachblatt sei im Wachsen begriffen. In die Statistik soll eine Rubrik für die Pfaffensteinarbeiter aufgenommen werden. In die Zentralleitung, welche in Berlin belassen wird, werden gewählt: Müllersche als Geschäftsführer, Schmidt als Kassierer, Girmann als Kassierer. Die Kontrollkommission wird nach Leipzig verlegt. Zu dem nächsten Gewerkschaftskongress werden Müllersche und Wenzig gewählt. Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

**Baugewerbliches.**

**Gefährlichkeit der Bauarbeit.** Draunschweig. Auf dem Neubau der Lutherischen Maschinenfabrik fürzte am Sonnabend, den 9. d. M., Nachmittags kurz vor 8 Uhr, der Monteur Adolf Reinhardt, als er das Ende eines sechs Zentner schweren Winklers in die Mauer legen wollte, von dieser Mauer etwa 10 m tief herab und zog sich außer Verletzungen am Kopf scheinbar auch innere Verletzungen zu. Er wurde in bewußtlosen Zustande nach dem Krankenhaus gebracht. Von Seiten der Vertheiliger wird über die Hoff, in der der Bau aufgeführt wird, lebhaftes Klage geführt. Sie führt zur Außerachtlassung der notwendigen Sicherheitsvorrichtungen und hat schon den zweiten Unfall am Bau herbeigeführt. Die zuständigen Behörden werden daher gut thun, sich einmal um die Kontrolle derselben zu kümmern. — Auf dem Neubau des Bauunternehmers Wüthoff, Gabelsbergerstraße, fürzte am 18. Juni der Zimmergelle Lampe aus Holzgen von der zweiten Balkenlage herunter, so daß er sich schwere Verletzungen zuzog.

**Dresden.** Auf einem Neubau in der Baumstraße fielen am Mittwoch, den 6. d. M., zwei Maurer infolge Zerbrechens eines Brettes von einem Wodgerüste. Während der eine Arbeiter ohne Beschädigung blieb, erlitt der zweite eine Ausrenkung des rechten Schultergelenks und einen Rippenbruch. — Von einem Neubau in Traugau fürzte am Vormittag des 11. d. M. ein Maurer ab. Er erlitt einen Schädelbruch und verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

**Görlitz.** (Fig. Ver.) Am Mittwoch, den 13. Juni, fürzte beim Abrücken der Maurer Ferdinand Sachwitz von einem Leitergerüst, indem sich eine nur recht mangelhaft befestigte Baute löste. S. fiel circa 6 m tief herab, und verletzte sich erheblich am Hinterkopfe, so daß er in seine Wohnung geschafft werden mußte.

**Heidelberg.** (Fig. Ver.) Am 5. Juni fürzte der Maurer Schwarz zwei Stockwerke hoch von dem Neubau des Architekten Kolber; der Bau war im Innern nicht abgedeckt und ist es auch heute noch nicht. Der Wermiglatte hat den rechten Arm und zwei Rippen gebrochen, sowie auch schwere Verletzungen am Kopfe erlitten und mußte im bewußtlosen Zustande in's Krankenhaus gebracht werden. Jedoch soll Hoffnung auf Erhaltung des Lebens vorhanden sein. — In der vorigen Woche fürzte der Maurer Franz bei Ausführung von Arbeiten am Glockenab. Nach dieser Verunfallte mußte in's Krankenhaus gebracht werden. Die hauptsächlichen Vorschriften werden eben in keinem Falle befolgt. Ueberall fehlt es an dem nötigen Rüstzeug, und wird den Arbeitern nicht die gehörige Zeit gelassen, das Wischen, was vorhanden ist, richtig zu verwenden. Die Arbeiter sind natürlich insofern mangelhaft, als sie sich die Schuttpere ohne Weiteres gefallen lassen und auch mit dazu beitragen, daß viele Unfälle verschwiegen werden.



Reibung. Durch das Festhalten von Schraubvorrichtungen ist auf einem Neubau ein schweres Unglück herbeigeführt worden. Auf dem Neubau des Sammelwerks No 1 in der Goltischstraße war am 11. Juni Nachmittags ein Arbeiter auf dem etwa sieben Meter hoch gestrichelten Bau damit beschäftigt, Kalk hinaufzuwinden. Dabei trat er eine unbedachte Bewegung gemacht haben, er verlor das Uebergewicht und stürzte in das Kellergerüst hinab, wo er auf einen gerade dort arbeitenden anderen Arbeiter aufschlug. Beide Arbeiter mußten schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht werden; bei dem Einen wurde ein Schädelbruch festgestellt, so daß an seinem Aufkommen zweifelhaft werden dürfte. Als das Unglück geschehen war, wurden auch scheinbar die fehlenden Schraubvorrichtungen angebracht. Ein Polizeibeamter, der bald darauf an der Unfallstelle eintraf, konnte bereits das Vorhandensein der Schraubvorrichtungen feststellen. Das nachträgliche Anbringen der fehlenden Vorrichtungen wird hoffentlich die Schuld, die an dem Mangel Schuld tragen und das Unglück verschuldet haben, nicht vorgehöriger Strafe schützen. — Am 14. Juni stürzte in Gommelsdorf der 15jährige Maurerlehrling Willy Krüger aus dem zweiten Obergeschoß eines Neubaus, wo er bei seiner Arbeit das Uebergewicht bekam, herab auf einen Saufen aus. Dabei tötete ihm der rechte Arm aus. Weitere Verletzungen hat er zum Glück nicht erlitten.

Rehne. (Fig. Ver.) Am 11. Juni stürzte infolge Bruches eines Negerfels ein Zehel des Gerüstes am Fabrikneubau zusammen, wobei ein Arbeiter 8 m tief herabstürzte. Die Mauer konnte sich an den Aufrichtern und an der Mauer festhalten. Der Abgestürzte hat erfreulicher Weise nur unbedeutende Hautabschürfungen davon getragen. Schugergelb war nicht vorhanden.

Kloster. Ein Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch Vormittag (18. d. M.) in Gohladorf im Hölzer'schen Bau. Der dort beschäftigte Maurer Fänge fiel im Treppenhause des Hauses aus beträchtlicher Höhe zur Erde. Der Verunglückte wurde mittels Drahtseile ins Krankenhaus gebracht. An Verletzungen soll er Ausschlagung der einen Schulter und einem Hüftbruch davon getragen haben.

Waldassen (Oberpfalz). Am dem Neubau der Glasfabrik stürzte am 18. d. M. das Gerüst ein. Vier Personen wurden schwer, vier leicht verletzt; ein Verletzter ist alsbald gestorben.

Preußen reformiert die Baukontrolle. In welcher Weise geht aus folgender Mitteilung der amtl. „Berliner Korrespondenz“ hervor:

Der geschäftsführende Ausschuss des Innungsverbandes beruflicher Baugewerksmeister hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Vertrauensmänner der Baugewerkschaften Berufsvereinigungen zu sein sollen. Die Bauaufsicht soll die Baugewerkschaften heranzuziehen. Da den Bauaufsichtsbüros dies nach technischen Kräfte bei Ausübung der Baukontrolle nicht in hinreichendem Maße zur Verfügung stehen, so ist der Minister der öffentlichen Arbeiten grundsätzlich damit einverstanden, daß bei gegebenen Anregung einverstanden wird, wenn die Vertretung der Vertrauensmänner in der Weise erfolgt, daß sie neben den berufenen politischen Organen tätig sind und sich besonders bei außerordentlichen Überwachungen der Bauausführungen anzuwenden sind. Die Übertragung politischer Exekutivbefugnisse, wie sie der geschäftsführende Ausschuss gewünscht hat, kann dabei nicht in Frage kommen. Die Vertrauensmänner würden vielmehr nur ihre Aufgaben nach dem Baugeschichte mitzuteilen haben, worauf diese dann das Weitere zu veranlassen hätte. Voraussetzungen für eine derartige Vertiefung an der Baukontrolle würden — abgesehen davon, daß es nicht darauf nicht einwirken dürfen — sein, daß eine entsprechende Anzahl von Vertrauensmännern vorhanden ist, daß ihre technische Vorbildung sie für ihnen zu stellenden Aufgabe gewachsen erscheinen läßt und daß schließlich keine Bedenken gegen ihre Inkompetenz obwalten. Den Regierungspräsidenten wird es überlassen bleiben müssen, zu prüfen, ob und in welchem Umfange hiernach in ihrem Bezirk die Organe der Baugewerkschaften zur Mitwirkung bei der Ausübung der politischen Bauaufsicht herangezogen werden können.

Das ist eine herrliche Reform, meint ironisch die „Frankf. Zig.“. Die zahlreichen und schweren Bauunfälle haben die Bauarbeiter schon lange veranlaßt, die Forderung zu stellen, daß Arbeiter delegierte an der Baukontrolle beteiligt werden. Diesen billigen Wunsch ist man denn auch beispielsweise in Bayern entgegen gekommen. Allerdings noch lange nicht in dem Maße, wie es die Arbeiter wünschen. (Neb. d. Grundst.) Preußen beantwortet den Wunsch der Arbeiter damit, daß es eine Forderung der Unternehmer erfüllt und letztere in der delegierte zur Baukontrolle heranzieht. Die Sache wird also so stehen, daß nicht die Arbeiter, wie es gewünscht wird, sondern die Unternehmer die Baukontrolle vor sich zu haben sollen, an der Aufsicht über die Ausführung der betreffenden Vorarbeiten beteiligt werden. Das heißt denn doch die Sache auf den Kopf stellen, denn das Wort „Gärtner“ machen. Wird man nachhins die Fabrikanten der Fabrikanten überfragen? Nach Obigem wäre es ganz logisch, dem Vermerkenswert ist übrigens das Eingekündete, daß genügende Kräfte zur Ausübung der Baukontrolle nicht vorhanden sind. Wenn andere Leute das behaupten, ist es offensichtlich besritten worden! Und daß die Baugewerksmeister auch noch Exekutivbefugnisse verlangen, sagt dem Ganzen die Krone auf. Welche! Kommt es auch noch dazu — es würde die preussische Baukontrolle nur amüßlicher machen.

Die Streiklausel ist vom Berliner Magistrat verworfen. Der Verorbnung des amtl. Berliner Magistrats Bauunternehmens ist selbst der Berliner obersten Stadtbefehle zu arg geworden. In seiner Sitzung vom Donnerstag, 14. d. M., hat das Magistratskollegium sich zu dem Beschluß ausgesprochen, die von dem Bund der Baugewerksmeister verlangte Aufnahme der Streiklausel in die Verträge abzulehnen und hat den Deputierten anheimgestellt, von der bisher üblichen Ausdehnung in engerer Submissio abzusehen und die Arbeiten in öffentlicher Submissio auszuschreiben. Sofern sich dabei geeignete Unternehmer nicht finden sollten, sollen die Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden.

Auf das dreifache Verlangen des Unternehmens war dies die einzige mögliche Antwort.

### Lohnbewegungen und Streiks. M a n n e r.

Angespannt sind resp. im Streit befinden sich die Kollegen in **Sittum** (Schlesien-Görlitz), **Friedland** (Mecklenburg), **Belzig**, **Potsdam**, **Spandau** (Neudamm), **Frankfurt a. d. O.** (Prov. Brandenburg), **Weißenwasser** (Oberlausitz), **Elbing**, **Culmbach** (Prov. Preußen), **Bromberg** (Posen), **Zeitz**, **Weiherode** (Prov. Sachsen), **Saalfeld**, **Bismarck** (Sachsen-Meinungen), **Wiesbaden**, **Gießen** (Prov. Hessen), **Hersford** (Westfalen), **Regensburg** (Bayern).

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer **Vau „Karlshütte“** in **Neudamm**, **Ronow in Voigtburg** (Elbe), **Zucker- und Pulverfabrik in Schulan**, **Bau „Saccharinfabrik“** in **Salko bei Weiherhagen**, **Fischer in Köln-Nippes**, **Schmidt-Hoyer in Zondern**, **Fahr & Söhne in Ruhrovi**, **G. Eichhorn-Saucha**, **S. Klingler-Beitzsch** und **A. Dähne-Hohennölsen** von der **Bauhütte Hohennölsen**, **Förnter in Adlershof**, **Resquall**, **Lorenz Schwarz I** und **Maschett in Nieder-Olm**, **C. Wähling**, **G. Gädgens**, **G. Krohn**, **D. Preuß**, **S. Wargmann**, **W. Zimm**, **J. Bornholdt**, **G. Fischer**, **H. Wolter** und **H. Witt in Warmitz**, **Scheel**, **Heedes**, **Gäyken**, **Willhöft**, **Martini** und **Hirrich** **Schägi in Bargeheide**.

Zug ist weiter fern zu halten von **Kassel**, **Vielefeld**, **Danzig**, **Silbesheim**, **Harburg** und **Iegnitz**, von **Konstanz**, **Braunschweig** und **Kunnersdorf bei Hirschberg** in **Schlesien** wegen großer Arbeitslosigkeit.

In **Kremmen** haben die Kollegen nach nur einlässigen Streik einen vollständigen Sieg errungen. Der Lohn wurde dadurch pro Stunde um 8 A erhöht und alle anderen Forderungen wurden ebenfalls durch Umschicht anerkannt.

Die partielle Arbeits einstellen in **Neusteden** ist zu Gunsten der Gesellen nach achtstägiger Dauer beendet worden. In **Strandberg** halten die Maurer am 6. Juni zwecks Lohnhöhe die Arbeit eingestellt. Bald darauf wurden aber von den 60 in Betracht kommenden 33 zu Streikbrechern und ließ der Kampf sich aus diesen Gründen nicht weiter führen. Für die Streikbrecher ist der Stundenlohn von 40 auf 42 A erhöht worden. Die übrigen Kollegen haben sich anderweitig Arbeit gesucht.

Die Situation in **Saalfeld** hat sich, wie man uns schreibt, bisher wenig verändert. Ein Unternehmer hat sich im Laufe der Woche wieder bewilligt. Infolgedessen hat sich die Zahl der Streikenden erheblich vermindert; es sind deren nur noch fünf vorhanden. Trotz aller Versuche ist es den Unternehmern bisher nicht gelungen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen. Einzelne kleine „Größen“ des Bundes sind in eine gar arge Klippe geraten. „Arbeitswillinge“ sind bei ihnen nicht viel vorhanden. Die fertig zu stellende Arbeit drängt und neue Arbeit können die Herren nicht annehmen. Bei den Führern und Schärftmachern liegen die Verhältnisse etwas anders. Diese haben die meisten „Arbeitswillingen“ und nehmen nun die neuen Bauaufträge den kleineren Unternehmern vor der Nase weg. Sehr ebel gehalten, man geht und treibt nur nicht nachgeben den Forderungen der Arbeiter gegenüber. Andererseits erweitert man noch sein Geschäft und nimmt Bauaufträge entgegen, die sonst den kleineren Unternehmern zugebacht waren. Ein kleiner Prozentsatz der im Grunde vereinigten Unternehmer geht jetzt schon zu, wie managen ihnen die Möglichkeit zu sehen kommt. Doch dies offen anerkennen und den Streikenden entgegenkommen, will man nur auch nicht, denn dem steht der bewährteste „Schwachsinn“ im Wege und man möchte sich doch nun auch nicht gerne blamieren. Wird den Herren Alles nichts nützen; die Streikenden lassen von ihrer Forderung, falls keine Vereinbarungen zu Stande kommen, nicht ein Wort nach.

Im **Wismar** wird uns über den Stand des Streiks berichtet: Bisher ist die Bewegung günstig für die Kollegen verlaufen. Von 190 am Orte Beschäftigten arbeiten an der Kanalisation, wo bereits 40 A Lohn gezahlt wurden, 20 weiter. In den ersten beiden Streiktagen legten 140 die Arbeit nieder. 9 Partiere und 34 Maurer arbeiten als „Arbeitswillinge“ weiter. Abgereicht sind 26 Kollegen, welche Neistunterstützung erhielten. Weiter 80 Kollegen sind anderweitig untergebracht oder zu Hause gereist, ohne Zahlung zu beanspruchen. Zu unterstützten sind 80 Kollegen; die Zahl der zu unterstützenden Kinder beträgt 120.

Die Lohnkommission hatte am 12. Mai an die Unternehmer ein erneutes Schreiben gerichtet und darin Verhandlungen angeboten, doch vergebens! Man könne mehr Lohn nicht zahlen, hieß es in der Antwort, das bauliche Publikum wäre sehr erbittert und wolle die Bauten stehen lassen, der Lohn wäre hier schon zu hoch gegenüber anderen Städten usw. Und was werden thätigst für Böhne gezahlt? 22, 24, 25, 28, 30, 32, 34, 35 A pro Stunde. Und das nennt man dann: die Löhne sind schon zu hoch! Das Weiteren empfehlen uns die Unternehmer in besagter Zuschrift: Wir überlassen es Ihnen, den Streik in Güte beizulegen oder denselben fortzusetzen. Gehst zwei fünf wolle Nachschick. Die Maurer beschließen nun in der Versammlung vom 14. d. M. einstimmig, dem guten Rath der Unternehmer nachzukommen und den Streik fortzusetzen. — Auch hatte der hiesige Ort die „Gre“, Herr **Felisch** in seinen Mauern zu sehen. Der Einfluss seiner Tätigkeit machte sich auch sehr bald bemerkbar. Während wir sonst nach Jena garnicht genügend Maurer schicken konnten, wurde uns mit einem Male die Mitteilung, daß **Bismarck** Maurer in Jena nicht mehr eingestellt würden. Sollte daran das „Scharfmachen“ Schuld sein? Wir sind so hochzufrieden, dies zu glauben. Wenn die Kollegen Deutschlands uns unterstützen, indem der Zug abgehalten wird, werden wir auch den Sieg erringen. Der Stand des Streiks in **Frankfurt a. d. O.** ist andauernd ein guter. Zwar haben sich einige „Arbeitswillinge“

gefunden, doch sind dies Leute, die nur während eines Streiks arbeiten, sonst aber zu den Arbeitslosen gehören und lieber sich mit der Schnapsflasche beschäftigen als mit Mauersteinen.

Der Streik in **Neudamm** dauert ununterbrochen fort. Die Kollegen sind bis auf 24 abgereist oder anderweitig untergebracht. Die Streikenden beschäftigen, in nächster Zeit entweder ebenfalls abgereist oder sich andere Arbeit zu suchen.

Die Polizei in **Culmbach** macht sich in dem Maurerstreik sehr heftig. Ueber die Selbsthathen des Polizeibürgermeisters und Baunnternehmens Linier haben wir früher bereits berichtet. Jetzt können wir ein neues Bourgeoisstück der Polizeiverwaltung mittheilen. Die Hültern des Gesetzes und der Ordnung hat nämlich jedem Streikenden ein Mandat folgenden Inhalts zu gehen lassen:

Polizei-Verordnung. J. Nr. II 1878. 00. Culmbach, 14. Juni 1900.

Es wird Ihnen hiermit unterlagt, von sofort ab zu irgend einem Zuge nach dem Bahnhof zu gehen, um etwa hier eintreffende Maurer von der Arbeit zurückzuführen. Kommen Sie diesem Verbot nicht nach, so wird gegen Sie auf Grund § 153 des Gesetzes über die Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 Geldstrafe von M. 15 oder Haft von drei Tagen verhängt werden.

Gegen die Androhung dieses Zwangsmittels steht Ihnen innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Herrn Landrath offen, welche jedoch hier anzubringen ist. (Stempel) (Name unleserlich)

Wenn nun nicht der Streik sein baldiges Ende erreicht, dann hat wenigstens die Polizei nicht die Schuld zu tragen. Wir leben doch in einem recht frommen Zeitalter.

Die Unternehmer in **Bromberg** halten in der letzten Woche Friedensabmachungen. Auf ihre Veranlassung ließ der Vorsitzende des Gewerbevereins bei der Streikleitung anfragen, ob sie geneigt sei, das Gewerbegebiet als Einigungsamt anzunehmen. Diese Frage wurde zustimmend beantwortet, doch ist es zu Verhandlungen noch nicht gekommen. In einer Zusammenkunft, die die Unternehmer am Donnerstag mit dem Oberbürgermeister hatten, ist wohl ein anderer Plan zur Beilegung des Streiks ausgesucht worden. Der Kampf wird also in der bisherigen Schärfe fortgeführt.

Der Unternehmer in **Sittum** ist es gelungen, einige verlobbete Subjekte als Arbeitswillinge anzuwerben, die sie nun gern wieder los sein möchten. Im Großen und Ganzen sind aber ihre Bemühungen, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, erfolglos geblieben. Ein Unternehmer der solchen Muthes auszog, um Ersatz für die einheimischen Maurer herbeizuschaffen und auf den seine Kollegen große Hoffnungen gesetzt hatten, war so erfolgreich tätig gewesen, daß er sich garnicht getraute, bei Tage in die Stadt zurückzuführen. Bei Nacht und Nebel suchte er auf seinem getreuen Strohbock, daß ihn auf allen Seiten Streuz und Duerzigen begleitet hatte, sein Heim wieder auf, ohne die von seinen Kollegen so sehrwünscht erwarteten fremden Maurer, die man sich als Stamm heranzubringen wollte, mitgebracht zu haben. Bei dieser Schmach wird ihnen wohl nichts Anderes übrig bleiben, als die Forderungen der Gesellen, die ja an sich nur ganz bescheiden sind, zu bewilligen.

Ueber den Stand des Streiks in **Zeitz** wird uns von dort geschrieben: Im hiesigen Angeier ist ein Insuper enthalten, laut welchem für den Bau der Mäher'schen Villa in der Gohladorfstraße 15 bis 20 Maurer verlangt werden. Unterzeichnet ist das Insuper vom Bauführer Schreiber. Wir nehmen nun an, daß hinter dem Insuper der Maurermeister **Woytschall**, der bisher die Arbeiten auf jenem Bau hatte, steht, weil der selbe verhindert, daß auf diesem Bau bereits früher wieder Maurer arbeiten. Herr Mäher wollte nämlich selbst Maurer einstellen, weil auf jenem Bau alle Leute in Streik traten, und man nimmt an, daß er hieran durch Herrn Woytschall verhindert worden ist. Die Maurer von Zeitz wissen also, was an jenem Insuper ist, und es werden wohl schließlich dafelbst Leute anfangen. Uebrigens sind nur noch 18 Mann im Auslande; da alle übrigen entweder in Arbeit stehen oder anderweitig in Arbeit getreten sind. Nicht sonderbare Muthen zeigt aber das Verhalten der Meister in solcher Zeit. Der Maurermeister **Fritzsche** beschäftigt auf einem Bau in der Schillerstraße drei Polen und zwei Frauen, die alle einen gemeinlichstlichen Abort benutzen. Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit hier von noch keine Meinung hat, sonst wäre sie wohl schon eingetreten. Das ist wenigstens anzunehmen bei ihrer Forderung für Arbeiter, die nicht mitstreifen. Vielleicht bedeutet sie dem Herrn Fritzsche, daß er andere Einrichtungen trifft, auch wenn diese ihm etwas theurer zu stehen bewilligt, als wenn er den Maurern den verlangten Lohn bewilligt.

In **Spandau** befinden sich noch 62 streikende Kollegen am Ort, davon sind 44 verheirathet. Die meisten Kollegen rufen vollständig. Auf einigen Bauten wird die Arbeit von Begehungen und Partieren spärlich fortgesetzt; nur auf dem Neubau der **Behr**. Reinecke geht die Arbeit mit Hilfe 13 holländischer und einiger sonstiger Arbeitswillingen einigemmaßen vor. Statten. Aus den Reihen der Streikenden hat sich bisher nicht ein einziger Fahnenflüchter gefunden. Die Unternehmer haben sich bisher vergeblich bemüht, von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen. In den **Spandauer** Lokalblättern veröffentlichte der Arbeitgeberverband ein von 20 Unternehmern unterschriebenes Insuper, mit welchem diejenigen Maurer, welche geneigt sind, mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu treten, um die Arbeit zu beibehalten, für das ganze Jahr, unter noch näher festzulegenden Bedingungen anzunehmen“ aufgefodert werden, sich sofort zu melden. Erfolg hat dieser Rodus bisher nicht gehabt.

Die Zahl der Streikenden in **Regensburg** betrug am ersten Streiktag 250. Die sich bis Mittwoch auf 350 steigerte. Davon haben 89 Fort den Ort verlassen, während 100 „Arbeitswillinge“ bei der Arbeit verblieben. Zwei Unternehmer bewilligten die Forderung und von den übrigen sind bereits viele nachmittäglich geworden da die Partiere ebenfalls die Arbeit mit einstellen.

In **Hersford** dauert der Streik ununterbrochen fort. Da die Arbeiten theilweise sehr drängen, bitten die Unternehmer sich bald zu einer Einigung herbeizulassen.

Der Stand des Streiks in **Gießen** ist als günstig zu bezeichnen. Zwar arbeiten 88 „Arbeitswillinge“ zu den alten Bedingungen weiter; aber diese machen den Unternehmern den Lohn nicht fett, da es arbeitsfähige Leute sind, die man bei normalen Zeiten zu den arbeitsunfähigen Elementen rechnen. Eine große Anzahl Kollegen ist bereits abgereist und mit jedem Tage wird die Zahl größer, viele Kollegen sind nur an der Abreise verhindert, weil sie erst die Generalmusterung abwarten müssen. Die Unternehmerorganisation soll denn auch in Rücksicht



auf die den Gesellen günstige Situation in einer Sitzung der letzten Woche beschloffen haben, ihren Mitgliedern es überlassen, ob sie mit der Streikleitung in Unterhandlung treten wollen oder nicht. Ein für die Gesellen günstiger Beschluß des Streiks steht demnach baldigt zu erwarten.

Durch den Streik der Bauarbeiter in Potsdam wurden in der vergangenen Woche 887 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen, darunter 246 verheiratete. Am Schluß der Woche hatte sich diese Zahl um 65 vermindert, die entweder abgereist oder anderweitig in Arbeit gekommen waren. Unsere Kollegen haben von der Unternehmerorganisation ein Schreiben zugesandt erhalten, worin ihnen gedroht wird, sie ein Jahr auszusperren, wenn sie sich nicht bereit erklären, die von den Unternehmern gestellten Bedingungen anzuerkennen. Die Unternehmer nehmen nämlich an, daß der Streik von den Mauern und nicht von den Bauarbeitern aus eigener Entscheidung ins Werk gesetzt wurde. Die gestellten Bedingungen lauten:

1. Daß das Protokoll vom 19. April d. J. voll und ganz, auch der Punkt 4 der Vereinbarung, von den Gesellen sowohl als auch von den Hilfsarbeitern anerkannt und durch Unterschrift vom Vorstande der Arbeitervereinschaft als bindend betrachtet wird;
2. Daß die Arbeitervereinschaft, Gesellen sowohl als auch Hilfsarbeiter, für den Ausbau des Streiks erhaltenen Lohn in vollem Umfange die Arbeiter bis Montag, den 26. Juni d. J., wieder aufnehmen und sich bis 1. April nächsten Jahres mit dem bewilligten und bereits gezahlten Lohn zufrieden erklären;
3. Daß die Arbeitnehmer dafür zu sorgen haben, soweit es ihnen möglich ist, daß die Gesellen und Hilfsarbeiter, welche gewonnen wurden, während des Streiks Potsdam zu verlassen, vor Inangriffnahme der Arbeit zurück zu rufen, um die Arbeit in vollem Umfange ungeschwächt wieder in Angriff nehmen zu können;
4. Ferner, daß die Arbeitnehmer nicht gemittelt sind, sich in die Rechte der Arbeitgeber auf den Bauten einzumischen und daß keinerlei Maßregelungen auf den Arbeitsplätzen vorgenommen werden dürfen, wodurch event. dem Unternehmer pekuniäre Nachteile erwachsen könnten.

Sollten die Arbeitnehmer gemittelt sein, sich mit vorstehenden Punkten einverstanden zu erklären, so ist der Vorstand des Arbeitervereinsverbandes bereit, eine Generalversammlung der Arbeitgeber sofort einzuberufen, um über die Wiederannahme der Arbeiten Beschluß zu fassen.

Im Auftrage des Vorstandes des Bauarbeitervereinsverbandes zu Potsdam A. Grabstowki.

Der angezogene Punkt 4 des Protokolls vom 19. April d. J. lautet: Die geheime Kontrolle durch Arbeitnehmer darf ohne Wissen des betreffenden Arbeitgebers nicht vorgenommen werden, und wird das unehrliche Verhalten der Baupolize usw. als Konfessionsverstoß angesehen. Eine Antwort auf dieses Monstrum eines Arbeitsvertrages haben unsere Kollegen noch nicht erteilt. Recht charakteristisch ist eine Aeußerung des Herrn Hof-Maurermeisters Grabstowki, die er gelegentlich einer Zusammenkunft mit der Lokalkommissionen im Juli. Er meinte, wenn die Arbeiter auf die Bedingungen der Unternehmer nicht eingehen, dann würden sie fremde Arbeiter heranziehen und sie mit Messern bewaffnen, dann könnte es leicht blutige Kämpfe geben. Nun, lauge machen gilt nicht, und die Potsdamer Unternehmer werden schließlich auch den Teufel zu ihrer Hülfen an der Götze holen können. Uebrigens ist die Aeußerung auch recht interessant, zeigt sie doch recht deutlich, auf wen ein eventuelles Nachhausegesetz anzuwenden wäre.

### Stuttareure.

Der Streik der Metzger und Stuttareure in Krefeld ist nach sieben resp. neunwöchentlicher Dauer (die Kollegen der Firma Pratorius traten 14 Tage früher in den Streik) beendet, und zwar zu Gunsten der Gesellen. Ueber die Firmen Einberufen, Hermanns und Pratorius ist die Sperrung verhängt. Es wurde durch den Streik anfallt der bisherigen zehneinhalbstündigen Arbeitszeit die zehneinhalbstündige eingeleitet. Die Höhe sind durchschnittlich um 15 pSt. erhöht. Die Überstunden werden 25 pSt. und für Nacht- und Sonntagarbeit 50 pSt. Aufschlag bezahlt. Für Arbeiter, welche in den die Stadt umgebenden Orten gemacht werden, die Gehälter aber täglich nach Hause fahren, werden pro Stunde 5 s Zulage gezahlt und gleichfalls die Fahrzeit als Arbeitszeit berechnet. Sonstige auswärtige Arbeiter werden nach Lebenserhalt geregelt, mindestens muß aber freie Station und Fahrt gewährt werden. Man hat dem auch wirklich in Krefeld den Beweis erfahren, daß durch Eingetret die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessert werden kann. Daß die Herren Metzger von selber nichts bewilligen, sondern erst dazu gedrängt werden müssen, beweist uns z. B. die Firma Hermanns, die wohl die Forderungen der Gesellen als gerechtfertigt betrachtet, aber ihre Unterschrift zur Einführung derselben nicht geben will, und zwar weil hier Gesellen vorhanden sind, die der Organisation gleichgültig gegenüber stehen. Sehr charakteristisch war das Verhalten des Herrn Lindenlauf während der Lohnbewegung. Vor dem Streik erklärte er der Lokalkommission gegenüber: Wenn ein Meister bewilligt, werde ich ihm die zweite sein. Heute ist es gerade Herr Lindenlauf, welcher uns am hartnäckigsten gegenübersteht, trotzdem er für seine Arbeiter Preise erhält, die man zu den besten rechnet. Er könnte also in erster Linie die Forderungen der Gesellen bewilligen. Durch unsere Bewegung haben wir auch diesen Herrn Meister in seiner wahren Gestalt kennen gelernt. Meister Pratorius bezeichnet die Leute, welche sich nicht seinem Willen fügen wollen, als Heher und Sozialdemokraten, mit denen er nichts zu schaffen haben will. Aber nun kann ja auch nicht einem Meister das Prädikat der Humanität beilegen, der sich Lokalkommissionsmitglied gegenüber des Ausdrucks bedient, an den Gesellen für ihn nichts gelegen, für ihn sei nur die Kundschaft maßgebend, wie es Herr Pratorius zur Zeit gesagt hat. Für Krefeld ist die Organisation eine Nothwendigkeit geworden. Diese zu fördern und weiter auszubringen wird auch von jetzt an mehr als zuvor unser Bestreben sein müssen, und wir werden auch dann wohl noch bessere Verhältnisse als bisher zu erringen vermögen. Deshalb, Kollegen, haltet fest an dem Bande der Einigkeit und wir werden auch ferner als Faktor betreffs Regelung der Arbeitsverhältnisse gelten, und das Erzeugnisse wird uns nicht verloren gehen.

In Halle haben nachträglich den Lohnarif unterschrieben anerkannt die Firmen C. Panzer und Fr. Wernicke.

Die Sperrung bleibt bestehen über folgende Geschäfte: M. Meising, S. Keiling, M. Resefstein, W. Högge, K. Koblach und Wittfock.

\* Die Dreißender Zimmerer haben es vorläufig abgesehen, in den Streik einzutreten, obwohl die Unternehmer sich rundweg ablehnend geäußert haben. Die Forderungen sollen nicht fallen gelassen werden, der eventuelle Ausfall ist nur bis auf geignere Zeit aufgeschoben.

\* Aus Stockholm wird berichtet: Nachdem in der Angelegenheit der Auspehrung der Arbeiter des Bauwesens nacheinander die Arbeitgeber und Arbeiter erklärten, sich der Entscheidung des Schiedsgerichts zu unterwerfen, schlug letzteres vor, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Das Schiedsgericht wurde jedoch sein Urtheil in der Streikfrage abgeben. Der Vorschlag wurde von den Unternehmern und Arbeitern angenommen. Die Wiederannahme der Arbeit ist am Montag erfolgt.

### Aus unserer Bewegung.

Die Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Bogen Papier benutzt, so soll man ihn nicht bloß durchbrechen, sondern gleich auseinanderreißen, weil sonst gewöhnlich über die Bruchstelle auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachherige Trennung unmöglich wird. Verichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.

Befestungen auf die Nr. 18 des „L'Operaio Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 25. Juni, eingegangen sein. Später einkaufende Befestungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operaio“: C. Legien, Samburg-Str. Pauli, Maxstr. 15, 2. Et.

Die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zählstelle Berlin I (Nutzer) tagte am 10. d. M. Zunächst theilte der Bevollmächtigte mit, daß die Kollegen Dietrich und Berger verstorben sind; zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Mitglieder von den Plätzen. Darauf hielt Genosse Grempe einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Elettrische Kraft und technische Fortschritte im Baugewerbe“. Er betonte hauptsächlich, daß das Kapital bestrebt ist, alle Werke mit Maschinen und billigen Arbeitskräften herzustellen. Die Maschine greift in's Baugewerbe schon sehr stark ein, indem es jetzt schon nicht mehr möglich ist, zum Verlegen von Sandsteinen usw. an den Fassaden starke verbundene Märlungen zu bauen, indem man in England und Amerika schon verstellbare Krähne dazu benutzt. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen das Bedauern aus, daß die Maschine für die Allgemeinheit nur dann Nutzen hätte, wenn die Arbeiter zugleich Besitzer der Maschine wären. Im Interesse der Kollegen, die sich mit Zubehörsachen beschäftigen und in den umliegenden Zählstellen ihre Beiträge entrichten, betont der Bevollmächtigte, daß die Sache geregelt wäre; sämtliche Kollegen sollten der Zählstelle I beitreten. Leider ist bis jetzt nur die Zählstelle II der Zählstelle I beigetreten. Vom Kollege Wudach wurde zum Einschreiben in die Listen zur Gewergerichtskasse aufgefordert, dann wurden für die Unterstützungskommission M. 100 und die Gelder der Januarbeiträge bewilligt. Nachdem Kollege Maizes als Ehrenmitglied aufgenommen und verschiedene Sachen besprochen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Am Dienstag, den 12. Juni, fand in Clewisch (W. S.) eine öffentliche Versammlung der Maurer statt, welche von circa 300 Kollegen besucht war. Wie ist es den obersteilsten Mauern möglich, ihre traurige wirtschaftliche Lage zu heben? war das Thema, über welches der Kollege W. Frisch Berlin sprach. Es war dies das erste Mal, wo uns Gelegenheiten geboten wurde, in einer so großen Anzahl zusammen sein zu können. Da uns aber noch sehr ein solches Ansehen zu Versammlungen zur Verfügung steht, werden wir wohl noch öfter von uns hören lassen, arbeiten hier doch circa 600 Kollegen im Sommer. Und natürlich die Mithstände sind hier noch ebenso hochgeartet, vielleicht noch mehr, als sonst in Oberhessen. Wir wohnen hier in Schlafstellen mit 10-15 Mann. Bestenfalls gibt es da Nacht, wir schlafen auf Stroch und von diesem ist auch oft recht wenig vorhanden. Und auf den Arbeitsplätzen? Na, wir wollen lieber keine Nacht davon reden. Wäuben und Worte sind bei uns hiezu. Der Kollege Frisch Berlin sprach wohl über zwei Stunden über die Verhältnisse, unter welchen die obersteilsten Arbeiter zu leben haben. Der Redner hatte zu Anfang seines Vortrages gewünscht, man solle ihn nicht durch Besallsabgebetungen unterbrechen, sondern recht aufmerksam zuhören. Kopf an Kopf standen die Kollegen, der Schweis nahm ihnen die Waden herunter, aber kein Auge wurde verwandt; es wollte eben Jeder hören, ob der Redner im Stande sei, ihnen die Mittel und Wege zu zeigen, durch welche sie ihre Lage verbessern können. Als Redner die Opferwilligkeit der im Verbands der deutschen Maurer organisierten Kollegen erwähnte, und wie dadurch diese Tausend Kollegen der Vertikung der täglichen Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Vertiefung der fürnehmlichen Mithstände errungen haben, erlitten von allen Seiten Aue: Wir wollen uns auch organisieren und uns diesen obersteilsten Kollegen anschließen. Ein Antrag, am Orte eine Zählstelle zu gründen, fand einstimmige Annahme, 75 Kollegen zeichneten sich in die ausgearbeitete Aufnahme-liste ein. Der Kollege Frisch Berlin, Verlangens Klotz-gasse wurde als Vertrauensmann bis zur definitiven Gründung gewählt.

Die neu gegründete Zählstelle Clewisch a. d. W. hielt am 10. d. Mts. ihre erste Mitgliederversammlung ab. Kollege Paul Witzler Berlin hielt zunächst einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den Werth der Gewerkschaftsorganisation. In die örtliche Verwaltung wurden die Kollegen W. Bet der als Bevollmächtigte und Karl Wier als Kassier gewählt. In der am zweiten Pfingstfeiertag stattgehabten Mitglieder-versammlung der Zählstelle Sintersee wurde im ersten Punkte der Tagesordnung die Abrechnung über die Mithstände verlesen, welche, da sich die Kollegen sehr wenig daran beifällig hatten, ein Defizit von M. 9,05 aufwies. Laut Beschluß der letzten Versammlung war der frühere Kassier, Kollege Kaufmann, eingeladen worden, um seine Rechtfertigungen gegen den Vertrauensmann, Kollegen St. S., zu beweisen. Da er dies jedoch

nicht konnte und sich außerdem noch ungebührlicher Neben gegen den Verband bediente, wurde er einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Der Kollege W. S. E. L. W. I. g. war gleichfalls eingeladen worden, um sich wegen Mithstände, die er in Berlin ausgeführt haben soll, zu verantworten. Dieser Kollege war jedoch nicht erschienen. Es wurde deshalb beschlossen, ihn zur nächsten Versammlung noch einmal, und zwar schriftlich, einzuladen. Der Kollege Grannert aus Dommigshaus soll ebenfalls zur nächsten Versammlung eingeladen werden, um sich wegen einiger Aeußerungen über den Verband zu verantworten. Sodann beschloß die Versammlung mit dem Neubau einer Zehnwaarenfabrik in Dommigshaus. Die Arbeit wird von einem Unternehmer aus Lorgau ausgeführt. Derselbe läßt an diesem Bau elf Stunden arbeiten, obgleich sonst nur zehn Stunden üblich sind. Auch hat er sich, um von den einheimischen Arbeitern unabhängig zu sein, 80 Italiener kommen lassen. Es würde sich wohl empfehlen, daß die Lorgauer Kollegen hierzu in einer öffentlichen Versammlung Stellung nehmen, ein solches steht ihnen ja dazu zur Verfügung. Der Unterstützung der Kollegen in Hintersee können sie sicher sein. Die Kollegen Dreifische und Klingensmidt, welche unter dem Karst arbeiten und keine Streiklohnbeiträge gezahlt haben, wurden verpflichtet, den Karst hinzuzulassen und die Streiklohnbeiträge nachzuschaffen. In der nächsten Versammlung sollen sie den Beweis erbringen, daß sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind.

Am 1. Pfingstfeiertage tagte in Jagwitz eine außerordentliche Mitglieder-versammlung. Kollege Steinförder machte darauf aufmerksam, daß die für das Baugewerbe aufgenommenen Statuten bei der Verwaltung zu haben sei. Gleichzeitig zog er über die Höhe der gezahlten Löhne einige Beispiele aus der Wohnungsbauern heraus, wonach der niedrigste Lohn in Neu-Stettin 20 s beträgt. Der höchste Lohn wird dagegen mit 47 s in Stettin gezahlt. In dem letzteren Orte ist noch keine Organisation. In Vertheilens kam eine Angelegenheit zur Sprache, wonach einige Kollegen in Böhlsdorf länger gearbeitet haben sollten. Nachdem die Betreffenden sich zur Sache geäußert, ging die Versammlung zur Tagesordnung über und erklärte, daß den betreffenden Kollegen wegen ihres Verhaltens kein Vorwurf zu machen sei. Der schon einmal im Grundstein erdörte „Fall Ewert“ hat für uns dadurch seine Bedeutung gefunden, daß ihm die Zählstelle Berlin III seine Karte abgestempelt hat. Jedoch ist der Zählstelle daraus ein Vorwurf zu machen, daß sie auf wiederholten Wunsch, Aufführung in dieser Sache zu geben, überhaupt keine Antwort erteilt hat. Ein Antrag des Maurers Schmitz, Mitglied unserer Organisation zu werden, wurde einstimmig abgelehnt, weil er schon zweimal Mitglied war, doch so daß ihn seine Schwermerei nicht unter organisierte Kollegen führte, lehnte er derselben den Rücken, und unsere Organisation ist nun einmal nicht dazu da, um im Rücken zu stehen. Betreffs des Streiklohnbeitrags wurde in Anbetracht, daß der Stundenlohn am 1. Juli eine Erhöhung erfährt, beschlossen, den Streiklohnbeitrag von 15 auf 20 s die Woche zu erhöhen; ausgeschlossen hier von sind die Kollegen über 60 Jahre, welche vom Streiklohnbeitrag befreit sind. Die Versammlung gab der Meinung Ausdruck, daß sämtliche zu diesem Streikgebiet gehörenden Zählstellen sich diesen Beschluß, soweit es noch nicht geschehen, zu eigen machen möchten, damit Unthesamkeiten auf den Bauten vermieden werden. Auch könne von einer Verordnung durch die Zählstelle Jagwitz überhaupt keine Rede sein. Zu unserem diesjährigen Sommerfest soll die Verwaltung die nöthigen Schritte hierzu veranlassen.

Die Zählstelle Kiel hielt am 6. Juni eine Mitglieder-versammlung ab. Vom Kartellbericht ist zu erwähnen, daß wir auf Grund des neuen Kartellstatuts berechtigt sind, anstatt 2 jetzt 4 Delegierte zu wählen; von einer Wahl wurde vorläufig noch Abstand genommen. In 2. Punkt der Tagesordnung wurden die „Grundstein“-Arbeiter beauftragt, die ausgegebenen Stimmgeltek für das Arbeiterkartell bis zur nächsten Versammlung einzusammeln, wofür sie M. 20 als Entschädigung erhalten. In Vertheilens lag ein Schreiben vor dem Präseschluß der am 28. Juni im Schillerpark stattfindenden 600jährigen Geburtsstagsfeier Gutenbergs, wozu wir freundlich eingeladen werden. Auf Grund des in der vorigen Versammlung gefassten Beschlusses wurde Bescheid gegeben, daß es noch Kollegen gebe, die anstatt 50 s nur 80 s zum Streiklohn zahlen. Gegen Dingen solle, wenn möglich, beschlußgemäß vorgegangen werden.

Am Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 4 Uhr, tagte in Nummerdorf b. Girschberg t. Schl. eine öffentliche Maurer-versammlung im Gasthaus „Zum langen Hause“ mit der Tagesordnung: „Bund und Nutzen der Organisation.“ Als Referent war Kollege Schödel als Ordthilf erschienen. Die Versammlung, welche vom Bevollmächtigten eröffnet und geleitet wurde, war leider nur von circa 80 Personen besucht. Der Referent legte mit kernigen Worten die Mithstände im Baugewerbe klar, wofür ihm die Versammlung lebhaften Beifall schloß. Es stehen sich 7 Kollegen in den Verband aufzunehmen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 68 beträgt. Leider stehen noch so viele Kollegen dem Verbands fern, diesen reuen die paar Groschen, die sie zu zahlen haben. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zählstelle Rangenberg (Meuß) beschloß in ihrer am 10. Juni abgehaltenen Mitglieder-versammlung die Errichtung einer Kranken- und Sterbekasse. Um die Unterstützung beziehen zu können, müssen die Mitglieder mit ihren Beiträgen dem Statut genügen, ebenso den Bestimmungen über obligatorische Streiklohnbeiträge. Als Krankengeld sollen vorläufig M. 1,50 wöchentlich, und Sterbegeld (auch beim Todesfall der Ehefrau) M. 10 gezahlt werden. Im Bedarfsfalle werden Beiträge erhoben. Bezüglich des Arbeiterkartells wurde der Vertrauensmann beauftragt, auf den Bauten des Unternehmers Hilfe eine Geschäftskontrolle vorzunehmen und nach Bedarf, wenn nöthig, Anzeige bei der Polizeibehörde zu machen, da die bes. Defiziten bei der Polizeibehörde gemachten Anzeigen nicht den gewünschten Erfolg hatten: Eine lebhaft Debatte, in welcher manches herbe Wort fiel, entband noch über eine Notiz der „Neuzeitlichen Tribune“, betreffend den Wap der hiesigen Friedrichs-kapelle. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Indem die von den organisierten Mauern eingeleitete Vertiefung der betreffenden Notiz durch barbarisches Kränzen bestimmt und mit der häßlichsten Verwernung, welche die hiesigen Maurer als Dreifacheinstöcker hinstellt, versehen wurde, erklären die Maurer hiermit durch ihre Fackelhaft, daß sie nach ihren Erfahrungen absolut kein Interesse daran haben, ob ein einheimischer oder fremder Unternehmer die Kapelle baut Hauptache für uns ist, daß Arbeitszeit und Lohn stimmt, denn die Steuern müssen wir so wie so bezahlen.“



Am 6. Juni hielt die Bezirksstelle Lübeck ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand unter anderem: 1. Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände. 2. Die Spalierbildung am 16. Juni zur Eröffnung des Elbe-Trade-Kanals. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Mitteilen zweier Kollegen in der öffentlichen Besprechung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Genosse K a s c h einen lauten Vortrag. Zum 2. Punkt der Tagesordnung berichtet der Kollege H e i n r i c h über den Verlauf einer Vorstandssitzung mit der Innung Bauhütten, wo unter anderem auch die Spalierbildung zur Eröffnung des Elbe-Trade-Kanals am 16. Juni zur Sprache kam. Die Mitteilung erregte allgemeine Anteilnahme. Einmütig wurde nachfolgende Resolution angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung lehnt es auf das Entschiedenste ab, am 16. Juni an der Spalierbildung teilzunehmen. Gründe: Am 24. April d. J. wurde vom Hohen Senat zu Lübeck laut Verordnungsblatt Nr. 16 den Arbeitern das ihnen gesetzlich gewährte Koalitionsrecht bedeutend vermindert. Unter diesen Umständen können sich die Maurer Lübecks nicht bereit erklären, an dieser Feiertage teilzunehmen. In Berücksichtigung der eingetragenen Streitfrontsbeiträge herbeizuführen, indem die Beiträge von den Woten eingemittelt werden sollen, wofür dieselben eine Entschädigung von 3 Pkt. erhalten sollen. Ein Mitglied Namens C. S c h e f f e l wurde, weil es Lohn für die am Bau beschäftigten Kollegen und Arbeiter unterlag, aus dem Verbände ausgeschlossen. Nach Erledigung einiger anderer Sachen erfolgte Schluss der Versammlung.

Eine außerordentlich stark besuchte Maurer-Versammlung tagte am 29. Mai in der Parkstraße in Marz Frankf. Kollege M. S a r t w i g - D r e s d e n referierte über Unfallgefahr und Arbeiterauslegung. Der Referent entlegte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Wir müssen konstatieren, daß ein so schöner Vortrag, welcher ganz unserem Verstande angepaßt war, bei uns noch nicht gehalten worden ist. Redner führte an, wie das Leben und die Gesundheit der Arbeiter hauptsächlich durch die Profithaus leitens der Unternehmer in der brutalsten Weise gefährdet werden. Ferner kritisierte er scharf das Verhalten der gelegentlichen Überwachler, welche die Position des Berliner Arbeitervereins für zu kurzem Hand abgewiesen haben, denn nur durch Annahme dieser Position wäre etwas zum Schutze der Arbeiter getan worden. Redner schloß seine Rede mit dem Hinweis auf die Mitteilungen über die Verhandlungen des Referenten fand einstimmige Annahme. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde herbeigeführt, daß sich verschiedene Kollegen im Interesse des Fortschritts herbeizuführen hätten, die Versprechungen nicht innezuhalten. Kollegen, das dürfen wir auf keinen Fall einreisen lassen, nicht der beste Werker, sondern die Maurer haben die Arbeitszeit zu bestimmen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten fand die Versammlung ihr Ende.

Im nächsten fand am 10. d. M. im Saale des „Cafésbergers“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Sind die Maurer Lübecks gewillt ihre Lage zu verbessern, und wie ist sie zu verbessern?“ sprach der Vorsitzende des Gewerkschaftsbereichs, G ö t t f r i e d. Referent wies in klarer Weise nach, daß die Beziehung der Maurer Lübecks eine durchaus ungenügende sei und dringen notwendig ist, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden. Er kritisierte auch scharf die Haltung der Maurer, brachte treffende Beispiele dafür, zu was ein solches faules Verhalten führt, und richtete zum Schutze den Appell an die Anwesenden, seine Worte zu beherzigen und Mann für Mann der Organisation beizutreten. Wenn das Unternehmens eine feste Organisation vor sich sieht, wird es auch genötigt sein, die gewissen Forderungen der Maurer zu erfüllen. Dem Vortrage folgte anhaltender Beifall. In der Diskussion betonte Kollege K o d o, daß wir jetzt nahezu 60 Baubetriebe haben; er wies ferner darauf hin, daß jedes Mitglied verpflichtet sei, selbst agitatorisch zu wirken und nicht zu zusehen, bis alle Maurer der Organisation angehören. Währenddessen war Kollege G e l l e r s t r o m mit aus Berlin erschienen und hatte sich zum Wort gemeldet. Er begrüßte die so stark besuchte Versammlung als Beweis dafür, daß die Maurer Lübecks aus ihrem Schlaf erwachen. Er richtete in erheblichen Worten den Appell an die Anwesenden, einzig zu sein und jeden Streit fahren zu lassen, nur dann können bessere Existenzbedingungen erlangen werden. Redner überbrachte Grüße des ersten Vorsitzenden Böhmelsberg, der die Kollegen ebenfalls aufforderte, fest und entschlossen zur Organisation zu stehen, dann werden sie im Fall eines Kampfes die Mauerschaft ganz Deutschland zur Seite haben. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden an etwaige Gegner, das Wort zu ergreifen, meldete sich der christliche Arbeitersekretär B r a u n und versprach im Namen der Arbeiterkühler, bei einer etwaigen Lohnbewegung treu und kräftig mitzuwirken. Referent G ö t t f r i e d. begrüßte es, wenn die Angehörigen der christlichen Organisation mit vorgehen und ihren Kollegen nicht in den Rücken fallen. Nach einer kurzen weiteren Debatte wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Mauerschaft geschlossen.

In Wlask fand am 13. Juni in der „Deutschen Trinkhalle“ eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Genosse Steis über: „Das Unfallversicherungs-gesetz“ referierte. Dann wurde Kollege Wlask als Delegierter zur Bauhandwerkerkongress erwählt. Ueber die Wünsche auf Wanken entfiel sich noch eine lebhafte Debatte.

Aus Drotz bei Rathor wird uns geschrieben: Eine öffentliche Versammlung, die dritte seit kurzer Zeit, tagte hier am Sonntag, den 10. d. M. Alle am Orte wohnenden Kollegen waren erschienen, und ließen sich eine Anzahl als Mitglieder in den Verband schreiben. Denen, die den Tanz um das goldene Kalb machen, und Solche, die heftig sind, die Arbeiter durch die Religion und andere Zeremonien in der Dummheit zu erhalten, wird es ob der Würdigkeit, mit welcher die hiesigen Kollegen besetzt sind, die am Orte einzuziehende Organisation groß und stark zu machen, schon ganz gewiß. Der Seelsozial von D r o t z benutzte die Predigt, welche von ihm am zweiten Pfingstfesttag gehalten wurde, dazu, um den nicht in der Kirche gegenwärtigen Maurern den Beitritt zu der Organisation, in welcher „Er nicht mit zu sprechen hätte“ dadurch leid zu machen, indem „Er“ bestritt, was der Frauen unserer Kollegen die Schicklichkeit einer solchen Vereinigung nachzuweisen. „Er“ wäre Ratron und würde schon dafür sorgen, daß es jedem Mitgliede seiner Gemeinde gut gehe, natürlich auch ohne Organisation. Das bei solcher Gelegenheit die Presse, welche die Oberklesinger mit geistiger Nahrung speist, an der Spitze die Zentrumspresse, es sich nicht nehmen läßt, auf die Arbeiter, welche es erlitten haben, daß nur durch ihre berufliche Organisation ihre traurige wirtschaftliche Lage geboben werden kann,

zu schimpfen, versteht sich am Rande. Wenn man aber diejenigen Organisationen, welche durch diese Gesellschaft ihr Leben gerufen worden sind, immer mehr nach links schwenken sieht, kann man wohl den Groll gegen unsere Organisation verstehen. Daß man von dieser Seite Presse nichts weiter als unflätiges Schimpfen und in den Stoff ziehen einzelner Personen, welche unflätiger für die Ausbreitung der Organisation tätig sind, erwartet, ist jedem halbwegs anständigen Menschen klar. Der „General-Anzeiger“ für Schlesen und Posen fordert am heutigen Tage, in einem den Tatsachen direkt ins Gesicht schlagenden Artikel gegen uns, die Arbeitgeber des „edlen“ Bauhandwerks auf, alle Mann in unserer heutigen Versammlung zu erscheinen. Er schreibt: „Ein Laie könne nicht mit reden, ein Teiler der Maurer wäre in Drotz schon verbannt und laufe den Berliner Posten nach, welche Lohnerhöhung verlinken und den Zug von Berlin, wo die Maurer wegen der Einführung des 75 1/2-Stundenlohn streiten wollen, fern zu halten. Dieser Apokalypse schreie hier die Ungründlichkeit, es müsse dem ernsthaft entgegen getreten werden.“ Troz aller dieser Maschinenreden geht es hier mit der Organisation vorwärts. Allen Ansehungen zum Troz, haben wir in der heutigen Versammlung eine weitere Stelle zum Einfließen der Beiträge für die einzelnen Mitglieder in Aktienord bei Rathor ein-zureichten beschloßen. Beitragsammler ist der Kollege S t r i g a in Altdorf. Nachdem noch der Kollege W. F r i e d r i c h s - B e r l i n in längerer Ausführungen die Wichtigkeit einer Berufs-organisation und die Vorteile, welche dieselbe für die Arbeiter zur Folge haben, klargelegt und die Versammlung aufgefordert hatte, nun erst recht für das Gelingen der Organisation zu arbeiten, und auch mehr als bis jetzt das Solidaritätsgefühl in die Reihen der Kollegen zu tragen, erfolgte Schluss der Versammlung.

Die Kollegen der Bezirksstelle Rathor werden hiermit aufgefordert, am Sonntag, den 1. Juni, zu einer Versammlung in der Birchstraße von Weich, Harmoniestraße, zu erscheinen. Da den Kollegen in Rathor und Umgegend kein Versammlungslokal zur Verfügung steht, ist es dringend nötig, daß andere Maßnahmen getroffen werden. Diese in die Wege zu setzen, soll die Versprechung dienen. Schon jetzt seien die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sie auch nicht versäumen dürfen, ihre Beiträge dorthin zu senden, wo der Kassierer zu be-zahlen, wenn sie nicht anderweitig Gelegenheit dazu haben. Kollegen, die nicht länger in Kurer Gleichgültigkeit dahin. Wir haben viel zu schaffen, um nur die grünlächlichen Wutstände zu befeuern. Die Versprechung findet Mittags 11 Uhr statt.

Am 6. Juni tagte in Londern die regelmäßige Mitglieder-versammlung, die leider nur mäßig besucht war. Nachdem die Kassengeschäfte erledigt waren, wurde Kollege S t e i n p o p p einmütig aus dem Verbände ausgeschlossen, weil er an dem geplanten Neubau des Unternehmens Schmidt in Goyer weiter arbeitete. Es ist geradezu traurig, wenn ein Kollege 2 Jahre dem Verbände angehört und sich dann wegen solcher Geringfügigkeit ausstellen läßt. Es giebt leider noch überall Kollegen, die wohl ihre Beiträge bezahlen, aber nicht das geringste Inter-esse am Verbände haben. Obgleich die Sperrre über den Schmidt'schen Bau in Goyer keinen Erfolg verspricht, werden wir dieselbe doch nicht aufgeben, weil Schmidt noch einen Neuba hier in Londern auszuführen hat. Grund der Sperrre ist folgender: Schmidt-Goyer läßt hier 11 Stunden arbeiten, obgleich die Unternehmer hier in Londern die 10stündige Arbeitszeit anerkannt haben. Vom Kollegen B o s wurde der Antrag gestellt, für unentschuldigtes Ausbleiben von der Versammlung 50 A Strafgeld zu erheben. Aber dreimal nacheinander die Versammlungen ohne genügenden Grund versäumt, kann aus-geschlossen werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Strafgelder sollen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kollegen verwendet werden.

Am 1. Mai d. J. hat sich in Krogen b. Sof eine aus 84 Kollegen bestehende Bezirksstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gebildet. Am 3. Juni fand die erste Mitglieder-Versammlung statt, in welcher Kollege J o h. G r ä n e r als erster Bevollmächtigter und Kollege K a r l G e r t n e r als 1. Kassierer gewählt wurden. Wir hoffen und wünschen, daß unsere Kollegen die Versammlungen immer recht zahlreich und pünktlich besuchen, und wünschen noch zum Schluss ein recht brüderliches Zusammenhalten der Kollegen.

In der am 6. Juni stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der Bezirksstelle Wandbeck wurde beschlossen, in diesem Jahre, Ende September, wieder ein Stiftungsfest zu veranstalten, zu welchem nur Verbandsmitglieder und durch diese eingeführte Zutritt haben. Hieran machte der Vorsitzende auf unsere Verpflich-tung aufmerksam, wonach die Hälfte des obligatorischen Sozialbeitrags bis zum 1. Juni bezahlt sein muß; die Kollegen müssen sich von der Markenkommission kontrollieren lassen. Sodann referierte Kollege S t e i n b o l d e r: Die Aus-beutung des Menschen, durch den Menschen. Er führte aus, daß Jeder darauf bedacht ist, sich auf Kosten seiner Mitmenschen ökonomisch zu bereichern. Da dieses aber eine Folge der heutigen Wirtschaftsweise sei, so ist es nicht möglich, die daraus entstehenden Wutstände gänzlich zu beseitigen, wohl aber sind wir durch unsere Organisation im Stande, diese etwas zu mildern. Die Zustände in den Fabriken; wo die Arbeiter in den Höfepunkt erreicht hatte, anfänglich, zeigte Redner, daß wir einen großen Teil Schuld selbst mit daran tragen, daß die Unternehmer es wagen, eine Behandlung angedeihen zu lassen, wie man es kaum für möglich halten sollte. Um hierin nun eine Wandlung zu schaffen, hat die Bezirksstelle den Beschluß gefaßt, daß kein Mitglied mehr im Wozd arbeiten darf, und sollte man es versuchen, so würde die Organisation ganz ent-gchieden dagegen Stellung nehmen. In welcher Weise wir von dem Unternehmertum ausgebeutet werden, zeigte Redner an den Zuständen, wie sie auf dem Bau des Wandbeker Bau-und Sparvereins, Unternehmer M. Garber, herrschen. Nicht genug damit, daß sich die Kollegen auf das Werkzeuge anstrengen, mußten auch noch die Kollegen den Tag vor dem Pfingstfest wegen Mangels an Arbeit die Arbeit einstellen, obgleich, wie erklärt worden ist, genügend Arbeit vorhanden war, um auch noch diese vier Kollegen für den Tag zu beschäftigen. Kollege S t e i n b o l d e r, welcher auf dem Bau Parkler ist, ist deshalb ein-geladen. Derselbe erklärte, daß er die Kollegen nicht an-gestrichen hat, und wenn einmal ein Wort gesagt sei, so habe er dieses nur im Eherz gesagt. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen gesagt, daß der Vorstand des Bau- und Sparvereins nicht gegen diese Verhältnisse ein-gesprochen; denn wenn derselbe wirklich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter helfen wolle, so müste er auch dafür sorgen, daß die Arbeiter bei den von ihm bezogenen Arbeiten auch human

befandelt würden. Hierauf wird eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Versammlung nicht umhin kann, ihre Mit-billigung über die Zustände, wie sie auf diesem Bau herrschen, auszusprechen. Die Verwaltung wurde beauftragt, hierauf bei dem Vorstande des Bau- und Sparvereins vorstellig zu werden. Kollege W e i t z i c h e, welcher Mitglied der Bau-arbeiter-Schutzkommission ist, bemerkte noch, daß auf dem oben genannten Bau die Balkenlage nicht abgedeckt war. Er hätte deshalb mit M. Garber Rücksprache genommen und dieser hätte ihm versprochen, daß dieser Mangel beseitigt werden solle. Redner forderte die Kollegen auf, darauf zu achten, daß dieses geschieht. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bezirksstelle Wolfenbüttel hielt am 16. Juni ihre Monatsversammlung ab. ES wurde recht viel über die Zustände auf den Fabrikentrieben gelaßt. ES werden Uebelstände ge-arbeitet, ohne daß dafür der Ausschlag von 6 1/2 bezahlt wird; auch ist Arbeiterarbeit eingeleitet, die nach den Abmachungen garantiert gelohnt werden soll. Auch wurde Klage geführt, daß viele Kollegen Schwierigkeiten machen, wenn sie den Beitrag zum Streikfonds zahlen sollen. Beschlossen wurde, in der nächsten Zeit eine Agitationsstour nach Schladen und Klaffen-brid zu unternehmen, da in den Orten viele Maurer wohnhaft sind, die noch nicht der Organisation angehören. Schließlich sei an dieser Stelle noch darauf aufmerksam gemacht, daß jeden Dienstag die Mitglieder des Streikfonds bei den Arbeitsplätzen zu revidieren sind und daß die Mitglieder-versammlungen jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jedes Monats stattfinden.

Stuttarene.

An die Kollegen im Agitationsbezirk Rheinland und Westfalen.

Auf Beschluß der in Köln stattgefundenen Konferenz sind die Kollegen in Essen mit der Führung des Zentralarbeits-nachweises beauftragt worden. ES sind hierzu gewählt die Kollegen B. K r e u z b e r g, A. M e i e r, und D. F ü h e r. Alle E n d u n g e n s i n d z u r i c h t e n a n S t u t t a r e n u n g t M e i e r, S c h w a z e r u n d M e r. D. Derselbe verpflichtet sich, sämtliche Anfragen sofort prompt zu erledigen. Gleichgültig bringen wir den Konferenzbeschlüssen zur allgemeinen Erinnerung. Derselbe lautet:

In Anbetracht der Wichtigkeit sind an allen Orten Lokal-arbeitsnachweise einzuführen, die von mehreren Kollegen verwaltet werden. Die Kollegen werden verpflichtet, bei den Ortsgruppen nicht nach Arbeit anzuschauen, sondern den Zentralarbeitsnachweis zu benutzen. Die den Nachweis in Händen habenden Kollegen haben mindestens jede Woche einen Bericht mittels vorgebrachter Formulare, welche ausgefüllt werden, an den Zentralarbeits-weis einzuliefern.

Wir erfinden nur die Kollegen in den einzelnen Städten, und auch wenn auch kein Zentralarbeitsnachweis besteht, Aufrechter zu kommen zu lassen. Die diesbezüglichen Formulare können in den nächsten Tagen zum Versand und werden die Städte, die ihre Pflicht vernachlässigen, von Zeit zu Zeit un-möglichlich im „Grundstein“ bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß  
B. Kreuzberg, A. Meier, D. Führer.

Berlin. Die hiesigen Kollegen beschäftigten sich in einer am 11. Juni stattgefundenen letzten Versammlung mit den Abmachungen vor dem Gewerbevertrag betreffs der Sperrre bei Zunderbord. Ein Punkt des Einigungsvertrages stellt eine aus Arbeitern und Unternehmern bestehende Kommission vor zur Beweissung etwaiger Streitigkeiten. Die Versammlung be-traute die berechtigte Lohnkommission mit der Ausübung der vorgesehenen Funktion. Die Abmachungen wurden übrigens nach längerer Diskussion im Allgemeinen genehmigt. Be-schlossen wurde, bei allen Firmen, wo die Kollegen in der Mehrheit für Abschaffung der Afordorarbeit einzutreten gewillt sind, mit aller Energie vorzugehen. — Drei Finikel aller in Berlin beschäftigten Kollegen arbeiten bereits im Lohn; um jedoch einen vollen Sieg auf der ganzen Linie zu erringen, ist es nötig, den Zugang nach Berlin möglichst fest zu halten. Die Kollegen, die etwa geteilt sind, auf Grund von Zunderen oder sonstigen Stellenangeboten nach Berlin zu kommen, sollten sie bezeichnen, sich vorher beim Vertrauensmann Carl D a s h a u t, Schelstraße 18, zu informieren.

Daizig. Vier ist kürzlich eine Filiale des Verbandes gegründet worden. Am 6. Juni fand die erste Versammlung statt, welche recht gut besucht war. Als Bevollmächtigter und zugleich als Kassierer wurde Kollege Luben gewählt. Von den 23 hier beschäftigten Stuthtarern traten sofort 14 den Ver-bande bei, 2 weitere Kollegen waren schon vorher Mitglieder.

Dresden. Eine öffentliche, gut besuchte Stuthtarerversam-mlung fand am Sonntag, den 10. Juni, in Sell's Gasthaus statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gesellschaftsausschusses betreffs des Arbeitsnachweises. 2. Gewerkschaftliches. Der Gesellschaftsausschuss konnte betreffs des Arbeitsnachweises zu keinem günstigen Resultat kommen. Die Innungsmeister haben be-schlossen, daß der Nachweis vom Meister A. Jülicher geführt werden solle, worüber sich in der Versammlung eine lebhaftere Debatte entspann. ES wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis von der Firma A. Jülicher nicht zu benutzen. Ein weiterer Antrag wurde gestellt, daß die Arbeitsnachweiskommission und die Agitations-kommission einen Vertrag ausarbeiten, welcher den Meistern in der nächsten Sitzung unterbreitet werden soll. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden 8 Kollegen gewählt zur Beweissung der Baugewerks-Konferenz. Ferner wurde beschlossen, den jetzt in der Bewegung stehenden Wlaskuären die nötige Sympathie zu zeigen.

Samburg. In der Mitglieder-Versammlung am 10. Juni wurde beschlossen: Zum 1. Juli 1900 treten sämtliche Mit-glieder der hiesigen Filiale der Orientantentasse bei. Ferner wurde die Einführung von Streikfondsmarken 20 A vom 1. Mai bis 1. November 1900 angenommen; jedes Mitglied hat 26 Marken zu zahlen. Von diesem Betrag erhält die Hauptkasse 50 Pkt. Zur Unterstützung der Gaspelarbeiter wurden 14 10 aus dem Streikfonds bewilligt. Für den erkrankten und in Wohl-gerathenen Kollegen Anhals sollen Sammellisten ausgegeben werden. Bei Verahrung des Lohnrückfalls waren die Meinungen sehr verschieden. Vorläufig wurde der Antrag angenommen, vom 11. Juni ab arbeiten alle Glieber 8 Stunden. Ein Zufalls-antrag die Einführung der neuartigen Arbeitszeit bleibt den Beschäftigten einer späteren Versammlung überlassen, wurde gleich-falls angenommen.



Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieh) liegt es schon das 87. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt...

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralfstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. F. Jastrow)...

Briefkasten.

Manummangels wegen mußten die Berichte aus Dulsburg, Erbing und Wittloch zurückgeschickt werden. Bitterfeld, R. P. Versammlungsanzeige kam für Nr. 24 zu spät...

Wittenberg, C. P. Es ist zwar eine Verbilligung des Briefpostens eingetreten, aber doch nicht in dem Maße, daß Briefe von Berlin nach Hamburg für 6 A befördert werden...

Abrechnung

Table with financial data for Düsselndorf. Includes columns for 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) with various sub-items like 'Zentralstreifendfonds', 'Kassaführer', etc.

Bekanntmachung des Generalbevollmächtigten. In die Agitationskommission für Dortmund sind gewählt: Louis Schiede, Söbnerstr. 25 und Hermann Figner...

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsangehörigen Deutschlands.

Bekanntmachung. Arbeitslosenstatistik. Von einer großen Anzahl der örtlichen Verwaltungen sind die Keinen Bücher, Statistische Erhebungen über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder in den Monaten Dezember, Januar, Februar und März...

Laut Mitteilung des Vorstandes sollten Bücher und Fragebogen bis zum 1. Mai eingekandt sein. Wenn dem Vorstand die Möglichkeit gegeben sein soll, dem nächsten Verbandstag das gewonnene Material über die Arbeitslosigkeit unterbreiten zu können...

Aufforderung. Die nachbenannten Mitglieder sind ihren Verpflichtungen der Hauptkasse gegenüber nicht nachgekommen: Gottlieb Paschke (Buch-Nr. 23518), Fritz Selbig (Buch-Nr. 083885)...

Verbandsunterschieden. als Mitgliedsbücher, Marken, Kassabücher usw. sollten von jeder Zahlstelle im Anfang eines Quartals in einer Quantität bestellt werden, daß Nachsendungen im Laufe des Quartals nicht notwendig sind...

Boni Vorstande befristigt. sind die neu gewählten Verwaltungsbekannteten der Zahlstellen Wörty a. b. Ober, Warmen, Nibel i. W. Ausgeschlossen wurden auf Grund § 18a resp. b des Statuts von der Zahlstelle Steindal: Wilhelm Rüdener (Buch-Nr. 068 012); Tondern: Heinrich Sternfort (Buch-Nr. 67 793); Nordham: Carl Ehlers (Buch-Nr. 60 886), Julius Hornig (Buch-Nr. 60 893)...

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Wilhelm Hülsbeck (Buch-Nr. 086 084), Heinrich Breitmeyer (Buch-Nr. 184 529), Fern. Dittmer (Buch-Nr. ?). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Die Zahlstelle Essen a. d. Ruhr fordert das Mitglied Gasseimann (Buch-Nr. 120 171) auf, seinen Verpflichtungen dort nachzukommen. Der Vorstand. S. A.: S. Efftinge, 2. Vorsitzender.

Hauptkasse. Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 600, Bernsee 119,76, Erfurt (in zwei Raten) 250, Wittfeld 40, Briel in Mecklenburg 28,40, Feldberg i. Meckl. 26,05, Weismann 22,24, Wiedeitz 20, Staßfurt 100, Oberhausen (Rheinl.) 57,40, Schmölitz 50, Gillingen 30, Döhleitz 30, Moorburg 13, Altenburg 360, Waagen 20,62, Kummerdorf i. Schl. 15, Wriezen 89,36, Neufretz 29, Neubrandenburg 64,65, Pinneberg 42,40, Fehrbellin 21,68, Tegel 75, Penglitz 41,56, Salberst 190, Wandsbet 160, Stendal 160, Rdn a. Rh. 100, Zwenkau 100, Neubufow 78,45, Strausberg 48, Wilhelmstfel 14,40, Erbsee in Pommern 6,50, Werlsdorf b. Jitzau 4,16. Summa M. 3189,52.

Streifendfonds. Dresden M. 600, Bernsee 80,32, Erfurt, Gebese, Herbsleben (in 2 Raten) 800, Wittfeld 10 Briel in Meckl. 14,20, Feldberg in Meckl. 14,56, Weismann 9,60, Wiedeitz 20, Staßfurt 5, Oberhausen (Rheinl.) 33,80, Gillingen 25, Altenburg 100, Waagen 2,40, Wriezen 55,44, Neufretz 8, Hegermühle 44, Neubrandenburg 42,55, Pinneberg 45,44, Düsselndorf 1200, Zwickau 100, Halberstadt 20, Stendal 50, Rdn a. Rh. 100, Zwenkau 50, Strausberg 47,60. Summa M. 3172,91. Zurückgeforderte Streifenunterstützung von Bremen M. 209,07, Neufretz 14,52, Halberstadt 10,15. Summa M. 233,74.

Für statistische Tabellen. Staßfurt M. 2,50, Münster i. W. 1,25, Tegel 1,25, Neudorf 1,25. Summa M. 6,25.

Für gelieferte Flugblätter. Schmölitz M. 4,80, Münster i. W. 5,50, Bremen 9. Summa M. 19,80.

Berichtigung. Statt der in Nr. 28 unter Großkreuz für den Streifendfonds quittierten M. 4,60 muß es richtig heißen M. 6,40.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabzählungen genau anzugeben, wofür das eingekandte Geld bestimmt ist. Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifendbeiträge, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß. Hamburg, den 18. Juni 1900. J. Köster, Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Abrechnung

Zentral-Verbandes der Stukkateure, Gipser und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands (Sig: Rdn a. Rh.) für das 1. Quartal des Geschäftsjahres 1900.

Table with financial data for Stucco workers. Includes columns for 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) with sub-items like 'Zentralstreifendfonds', 'Kassaführer', etc.

in den Filialen für Rechnung der Hauptkasse. An Reiseunterstützung M. 299,48, Rechtschutz 100,85, Streifenunterstützung (Rdn a. Rh.) 40,94, Mantelgeber an die Filialkassierer 75,31, Agitation 11,38, Porto 2c, Abzug 8,37, Vergütung an der Ausschluß 2,-. Summa M. 633,88.

Ausgabe in der Hauptkasse für das Fachorgan „Der Grundstein“ (1. Quartal) M. 1011,52. Ausgabe an die Generalkommission für 2800 Mitglieder (4. Quartal) 84,-, Schulbeihilfe (Münster, 5. Rate) 250,-, die Bauarbeiter-Schutzkommission (1. Quartal) 28,-, Vergütung des Hauptvorstandes pro 1899 144,-, Streifenunterstützung (Chemnitz 2. Rate) 70,-, Rechtschutz 182,84, Agitation 76,50, Drucksachen 55,-, Stempel u. Zubehör für die Filialen 9,50, Porto und Schreibmaterialien 60,26. Summa M. 2644,94.

Folgende Städte haben für das 1. Quartal 1900 nicht abgerechnet: Gera, Münster i. W., Cassel, Magdeburg, Garmstadt, Kaiserlautern, Bochum, Gersfeld, Karlsruhe, Posen, Pirmasens, M.-Glabach, Freiburg i. B., Bremerhaven und Halle a. b. S. Warmen, Deimold, Augsburg und Kösling mußten wir aufgeben, da sie ihren Verpflichtungen nicht nachkamen. Beigetreten sind dem Verbande: Hagen i. Westf., Radolfzell, Albstadt, Baden-Waden, Kattowitz und Danzig. Rdn, den 17. Juni 1900. Peter Trimborn. Für die Richtigkeit treten ein: Die Revisoren: Joh. Meyer, W. Pindsock.



# Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (c. H. Nr. 7).

Im Nachstehenden veröffentlichen wir das vom Wahlcomité in Frankfurt a. M. eingelaufene Resultat der Wahlen für die Abgeordneten zur Generalversammlung.

- 1. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 69 gültige Stimmzettel, gewählt W. Scheibing mit 56 Stimmen.
- 2. Wahlabtheilung wählt zwei Abgeordnete. Abgegeben 54 gültige Stimmzettel, gewählt D. Schulze mit 43 und D. Barisch mit 11 Stimmen.
- 3. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 190 gültige Stimmzettel, gewählt Dr. Sommerfeld mit 110 Stimmen.
- 4. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben wurden 228 gültige Stimmzettel, gewählt W. Neumann mit 116 Stimmen.
- 5. Wahlabtheilung wählt zwei Abgeordnete. Abgegeben 216 gültige Stimmzettel, gewählt B. Steinbohrer mit 193 Stimmen. Stichwahl zwischen Dr. Marks und E. Müntz.
- 6. Wahlabtheilung wählt acht Abgeordnete. Gewählt Dr. Hoffmann mit 42, Aug. Janke mit 27, Otto Wenzler mit 27, F. Wilk mit 40, Dr. Gericke mit 24, E. Gröppler mit 37 und S. Böllner mit 31 Stimmen.

- 7. Wahlabtheilung wählt zwei Abgeordnete. Abgegeben 253 gültige Stimmzettel. Eine absolute Majorität ist nicht erzielt. In Stichwahl kommen: Dr. Hirschner mit 100, G. Wöck mit 91, C. Ruert mit 61 und E. Wiese mit 29 Stimmen.
- 8. Wahlabtheilung wählt zwei Abgeordnete. Abgegeben wurden 300 gültige Stimmzettel, gewählt W. Straß mit 183 und A. Lemke mit 117 Stimmen.
- 9. Wahlabtheilung wählt zwei Abgeordnete. Abgegeben 245 gültige Stimmzettel, gewählt G. Wittendörfer mit 123 Stimmen. Stichwahl zwischen H. Gelling mit 110 und A. Grodek mit 83 Stimmen.
- 10. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 273 gültige Stimmzettel, gewählt Dr. Zeh mit 152 Stimmen.
- 11. Wahlabtheilung wählt zwei Abgeordnete. Abgegeben 286 gültige Stimmzettel, gewählt H. Schöffel mit 162 Stimmen. Stichwahl zwischen Dr. Lorez mit 123 und A. Tangemann mit 67 Stimmen.
- 12. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 25 gültige Stimmzettel, gewählt F. Wendt mit 17 Stimmen.
- 13. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 169 gültige Stimmzettel. Stichwahl zwischen C. S. Böck mit 56 und W. Stephan mit 29 Stimmen.
- 14. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 241 gültige Stimmzettel, gewählt zwischen S. Schmitt mit 115 und F. Ratzewski mit 61 Stimmen.
- 15. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 116 gültige Stimmzettel, gewählt F. Pfingemeier mit 107 Stimmen.

- 16. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 272 gültige Stimmzettel. Stichwahl zwischen S. Berg mit 106 und F. Krause mit 72 Stimmen.
  - 17. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 202 gültige Stimmzettel, gewählt H. Drath mit 141 Stimmen.
  - 18. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 184 gültige Stimmzettel, gewählt F. S. Keller mit 88 Stimmen.
  - 19. Wahlabtheilung wählt einen Abgeordneten. Abgegeben 226 gültige Stimmzettel, gewählt zwischen G. Weber mit 104 und H. Schmöhl mit 82 Stimmen.
- Die Stichwahlen müssen bis zum 17. Juli stattgefunden haben.

Der Vorstand.  
F. A.: W. Themar, Vorsitzender.

In der Woche vom 10. bis 16. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der deutschen Verwaltung in Königsberg 1. Br. M. 200, Seidelberg 150, Schinkel 150, Gr.-Wodern 150, Berden a. d. Aller 100, Schierlein 100, Duedling 100, Frankfurt a. d. O. 100, Reichensperg 27,20. Summa M. 1077,20.

Zuschüsse erhielten: Döberan 1. M. 150, Gumbrecht Mülden 150, Epfelheim 100, Freybach 100, Straußberg 100, Lahe in Baden 75, Niederbreisig 60, Bärghadt 50, Bunsau 50. Summa M. 835.

Altona, den 16. Juni 1900.  
Karl Reiff, Hauptkassier, Friedr. Schöberstr. 28.

## Anzeigen

(Anzeigen-Annahme bis 10 Uhr Morgens 8 Uhr.)

### Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbedat. Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 10 A.)

**Berlin II.** Am 15. Juni verstarb unser Verbandskollege **G. Jüdicke** im Alter von 43 Jahren.

**Döberan.** Am 16. Juni starb nach langem, schweren Leiden an der Lungenentzündung unser treuer Mitglied **Wilhelm Sasse** im Alter von 30 Jahren. Er war Mitgründer unserer Zählstelle.

**Neudöbering.** Am 30. Mai starb unser Kollege **Joh. Bräner** im Alter von 47 Jahren nach sechsmonatlichem Krankenbette.

**Sandau.** Am 14. Juni starb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege **Otto Krüger** im 20. Lebensjahre.

**Strasburg i. d. N.** Am Montag, den 11. Juni, verstarb unser Kollege **Herm. Nettlen** im Alter von 22 Jahren an Lungenblut. Der Verstorbene war hies. ein treues Mitglied und Mitgründer unserer Zählstelle. Ihre ihrem Andenken!

Den Zählstellen der Provinz Brandenburg zur allgemeinen Kenntniß, daß sich das Bureau der Verbandsleitung bei **Maurer Berlin** und Umgebend vom 6. Juli ab

**Berlin SO, Engelauer 15, 3. Etage, Zimmer 29,** befindet. Alle Briefe und Sendungen an uns, sowie an die Legationskommission der Provinz Brandenburg sind an diese Adresse zu richten. Fernsprecher Amt VII, 4289. Die Verbandsleitung. F. A.: C. Panzer. [3,90]

**Altenburg.** Als Bevollmächtigter fungiert von jetzt ab Kollege **Bernhard Opitz, Paquirgergasse 8.** Alle Sendungen sind an diesen zu richten. [1,80]

**Zählstelle Usedom.** Unser Bevollmächtigter heißt nicht Bitt, sondern **Hermann Will.** [1,20]

**Aufforderung.** Die Kollegen **Jakob Göres** (Buch-Nr. 0 108 718) und **Matthias Weitzel** (Buch-Nr. 0 108 718) werden gebeten, ihren Verpflichtungen in der Zählstelle Trier nachzukommen. Die örtl. Verwaltung der Zählstelle Trier. [2,40]

**Trier.** Zutreffende Verbandskollegen erhalten Kost und Logis im Verbandslokal, Gastwirt **Nieder, Palastparabellstraße.** [1,50]

**Boizenburg a. d. E.** Die Beleidigung gegen den Maurer **Ch. Wichmann** nehme ich hiermit zurück. [M. 1,50] **C. Reddahl, Maurer.**

**Die Zählstelle Genthin** feiert am **Sonntag, den 23. Juni,** im **Riggemann'schen Lokale** ihr **Sommerversnügen,** wozu die Kollegen von Genthin und Umgebend hiermit eingeladen sind. [M. 2,40]

## Velten.

Alle Mitglieder sind zum **Stiftungsfest der Zimmerer** welches am **Sonntag, 23. Juni, Abends 8 Uhr,** im Lokale des Herrn **Wih. Granow, Wilhelmstr.,** stattfindet, freundschaftlich eingeladen. [2,70] Die örtliche Verwaltung.

Die **Zählstelle Sommerfeld** feiert am **7. Juli** ihr **Erstes Stiftungsfest** im **Rechtshaus.** Die Kollegen aus Guben, Forst, Sorau werden höflich eingeladen. [M. 2,10] Das Comité.

Am **Sonntag, den 30. Juni,** feiert die **Zählstelle Eberswalde** ihr **Drittes Stiftungsfest** im **Restaurant „Zur Mühle“**, wozu sämtliche Mitglieder hierdurch eingeladen werden. Anfang **Samstag, 29. Juni, 8 Uhr.** [M. 2,40] Die örtliche Verwaltung.

Im Erscheinen begriffen ist: **Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie.** Herausgegeben unter Mitwirkung von **Kerzen und Fachgelehrten** von **Emanuel Wurm.**

Das vorliegende Werk, das in gemeinverständlicher Sprache und unterstützt durch zahlreiche Abbildungen im Texte wie durch farbige Tafeln den großen Volksmassen zeigt, welche Forderungen sie zur Erhaltung ihrer Lebenskraft zu erfüllen und zu stellen haben, berücksichtigt nicht nur die private Hygiene, die Gesundheitspflege, die Jeder sich selbst angeeignen lassen soll und kann, sondern auch die soziale, die durch Staat und Gemeinde zu gewähren ist. Der „Gesundheitsschutz“ wird in allen Familien ein treuer Berater sein, er sollte daher auch in keiner Familie fehlen, und hoffen wir, daß das zeitgemäße Thema und die sehr zweckmäßige Durchsührung desselben seitens des Herausgebers in der Bevölkerung ein gutes Entgegenkommen finden wird. Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfennig erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft. **J. S. W. Dieß Nachf., Stuttgart.**

Werkstoffkolporteurs können bei der Verbreitung dieses Pflanzungswerkes einen schönen Nebenverdienst erzielen. Falls Kolporteurs oder Buchhändler nicht in der Nähe, wende man sich direkt an den Verlag. Sammelmaterial (Heft 1) und Entschleunigung gratis.

Unentbehrlich für jeden Arbeiter und Geschäftsmann! **Stadthagen's Arbeiterrecht.** Führer durch d. Bürgerl. Gesetzbuch. Preis komplett gebunden M. 6,50.

## Praktischen Maurer.

Gratizbeigabe: 1 Fassadenalbum mit 60 Blät. Inhalt des Werkes siehe „Grundstein“ Nr. 20 S. 11. Bei Barzahlung 5 Pkt. Abzug. Zeitungen monatlich M. 5. Auch zur Lieferung jedes anderen Buches empfiehlt sich bestens die **Verbandbuchhandlung v. Arthur Gasch, Leipzig, Querbach's Hof.**

**Leberhosen-Fabrikant W. A. Langer, Leubsdorf i. S.,** liefert direkt an Probate und Gewerkschaftsbereine zum Engrospreise frei in's Haus per Nachnahme seine Konturenhosen und bewährten **Double-Lederhosen** in Silbergrau, schwarz und dunkelbraun. Ein Paar, ganz hart und schwer, M. 5,00; ein Paar, mittelhart, halbschwer, M. 4,50; Schnittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. Nur echt, wenn auf dem Schlußknopf meine Firma eingepreßt ist. Ein Probefreudung führt zur dauernden Verbindung.

**J. Blume & Co., Hamburg.** Tägliches Verbands unserer bekannten, echt engl. Lebernet u. Mandschener **Arbeitsartikel** u. **Zolländer Säcken.** Muster und Preisliste gratis.

**J. Blume & Co., Hamburg.** **Eigene Fabrik schwerer Arbeiter-Garderoben** **Unerreicht** an Sitz, Haltbarkeit und Schnitt! **M. Mosberg, Bielefeld** Nur echt mit dieser Marke!

**M. Mosberg, Bielefeld.** Um die allein echten, weltberühmten **Mosberg'schen Fabrikate** zu bekommen, adressiere man stets genau: **M. Mosberg, Bielefeld.**

**Achtung, Verbandskollegen!** Wasserwagen verleihe überall hin unter Garantie. Eigene Fabrikat. Jede Wage ist präzise gearbeitet, und nehme ich nicht genau funktionierende zurück. 1 m lang M. 2, 75 cm M. 1,80, 60 cm M. 1,70. Porto extra. **Carl Herold, Chemnitz, Reichsstr. 68.**

**Kollege Deutschlands!** **Zolländer, M. 6.** Erste Hamburger Leberhosen I M. 6,50, II (2 1/2) M. 4,80, III M. 3,80 portofrei. Streng reell. Nicht Gefassten nehme retour. Muster und Preisliste gratis. **Kollege Hohfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.**

Die schönste Musik erzielen Sie mit meiner **Konzert-Mundharmonika, 40 Töne, größte Tonfülle, prachtv. Ausfertigung.** Sendet r. g. fr. 1 Eid. 3. Probe, aber nur, wenn Sie sich verpflichten, mir Betrag M. 1,10 inner 8 Tage einzusenden, ob die Harmonika während dieser Zeit unbeschädigt zurückzuf. Die Harm. bleibt, so lange nicht Zahlung geleistet, mein Eigentum u. wird Mißbrauch gelehrt. Verf. Briefm. nehme in Post. **H. Fischer, Oerg (Rhein), Friedr. Str. 6.**

**Arbeitsmarkt** 10 bis 12 thätige junge Maurer nach **Souderberg** gesucht. Stundenlohn 40 A. In melden bei **Dito Ehrich, Brückenstraße 91.** 4 Maurer gefahren auf Neubau werden sofort gesucht von **H. Freubler, Maurermeister in Osten a. d. Oise.** 10 Maurer finden Beschäftigung bei **Maurermeister W. Gebert, Burgdorf (Hannover).**

**Verbandsversammlungen der Maurer.** **Freitag, 22. Juni:** **Oldesloe.** Abends 8 1/2 Uhr im Gasthof, Herdermarkt. Die Kollegen werden dringend gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. **Sonntag, 24. Juni:** **Bayreuth.** Mitgliederversammlung im **Verbandslokal.** zahlreich zu erscheinen. **Freitag, 23. Juni** im **Verbandslokal** in **Bethau,** welches Verleihen wird gebeten. **Mitgliederversammlung bei Teegge, Ur-** **pflanzliches Verleihen wird gebeten.** **Freitag, 23. Juni** im **Verbandslokal** in **Kreuznach,** Verbandsversammlung, Tagesordnung sehr wichtig. **Sonntag, 24. Juni** im **Verbandslokal** in **Schkeuditz.** Abends 8 1/2 Uhr im **Verbandslokal** in **Schkeuditz.** zahlreich zu erscheinen. **Freitag, 23. Juni** im **Verbandslokal** in **Usedom.** Abends 8 1/2 Uhr im **Verbandslokal** in **Usedom.** zahlreich zu erscheinen. **Sonntag, 24. Juni:** **Vollen.** Abends 8 1/2 Uhr im **Verbandslokal** in **Vollen.** zahlreich zu erscheinen. **Sonntag, 24. Juni:** **Burgdorf.** Im **Verbandslokal** in **Burgdorf.** zahlreich zu erscheinen. **Offentliche Maurerversammlungen.** **Sonntag, 24. Juni:** **Pasewalk.** Abends 8 1/2 Uhr im **Verbandslokal** in **Pasewalk.** zahlreich zu erscheinen.

Druck: Hamb. Buchdruckerei, Verlagsanstalt **Mur & Co.** in Hamburg.